

Ersteinstufige
nachmitt. mit Anwesenheit
des Saals und Fortsetzung.

Abonnementspreis
monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
jährlich frei ins Haus.
nach die Post bezogen
1,00 Mk. extra, halbjährlich
75 Pf.

Die Neue Welt
(Unterhaltungsblatt),
durch die Post nicht beizubehalten, kostet monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1.50 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Erlangung-Adresse:
Postfach Halle a. S.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

Intoxikationsgefahr
bedingt für die Gasanstalt
Polizei oder deren Beamte
30 Pf. für Wohnung-,
part. Wohn- und
Wohnungs-Kasse 10 Pf.
Zu rechnerischen Stelle
habet bis 20 Pf. p. W.

Inkubate
für die städt. Anstalt
mittels Polzei- und
mittels 10 Pf. in der
Expeditio aufgegeben
ist.

Eingetragen in die
Polizeiliste-Liste
unter Nr. 7608

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weiskensfeld-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21, Hof 2 Cr

Expedition: Geisstr. 21, Hof

Arbeiterwohnungen in amtlicher Beleuchtung.

In richtiger Würdigung der hohen Bedeutung einer gesunden und preiswerten Wohnung widmen die Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren vielfach auch den Wohnungsverhältnissen in den ihrer Aufsicht unterstellten Bezirken ihre Aufmerksamkeit. Zwar wird die Wohnungsfrage in den amtlichen Berichten nur gestreift, aber auch diese spärlichen Hinweise sind von großem Wert. Zeigen sie doch, wie noch immer viele Schichten der Bevölkerung in Behausungen ihren Lebens fristen, die auf den Namen „Wohnung“ auch nicht den geringsten Anspruch haben! Und lehren sie doch ferner, daß die Staats- und Gemeindefürsorge, namentlich in Preußen, in ihrer Passivität beharren, obwohl die verbote Nachlässigkeit vielfach verurteilt!

Im Nachstehenden seien die Aufstellungen des Vornamts über die amtliche Schilderung der Wohnungsstände in Preußen wiedergegeben. — Zwar ist nicht zu verkennen, daß im Laufe des letzten Jahres die Wohnungsverhältnisse in einzelnen Bezirken sich gebessert haben, aber ganz verfehlt wäre es, daraus etwa den Schluß zu ziehen, daß die herrschenden Klassen sich mehr als bisher ihrer Pflicht bewußt geworden. Wer die Vorgänge auf dem Wohnungsmarkt verfolgt, der weiß, daß wirtschaftlicher Aufschwung und Wohnungsnot in einer Wechselwirkung stehen. Die Wohnungsnot ist eine Begleiterscheinung seines Vornamts; erreicht der wirtschaftliche Aufschwung seinen Höhepunkt, so ist auch stets die Wohnungsnot am größten. Tritt die wirtschaftliche Krise ein, so nimmt die Wohnungsnot ab, allerdings nicht, um gänzlich zu verschwinden.

Viele theoretische Auffassung findet ihre Bestätigung durch die Praxis. So berichtet der Bezirksamtsrat aus Frankfurt a. O., daß sich die Wohn- und Mietverhältnisse gebessert haben, indem mit dem Rückgang der Zementindustrie Arbeiterentlassungen auf den Zementfabriken stattgefunden haben. Auch in Elbing besteht, dem Bericht des Fabrik-Inspektors für Westpreußen zufolge, jetzt namentlich seitdem die Zahl der beschäftigten Arbeiter geringer geworden ist, keine Wohnungsnot mehr.

Sollten aber die herrschenden Klassen glauben, in ihrer Unthätigkeit weiter beharren zu können, da ja die Wohnungsnot von selbst verschwindet, so werden sie durch eine Schilderung der Zustände in den meisten Bezirken Preußens eines Besseren belehrt. Vor Grund erreicht, daß sie trotz der Abwanderung großer Arbeiterkreise aus den Industriegebieten nach wie vor weiter besteht. In Pommern herrscht, obgleich die vorhandenen Spar- und Bauvereine stetig an der Arbeit sind, Arbeiterwohnungen zu bauen, dennoch an vielen Stellen noch ein großer Mangel an kleinen Wohnungen. Die Beteiligung der Kommunen, wie auch die Bildung weiterer öffentlicher Verbände erscheint dem Fabrikinspektor dringend erforderlich. Namentlich in Ostpreußen. Hier lassen die Wohnungsverhältnisse noch wie vor viel zu wünschen übrig; die Mietpreise sind verhältnismäßig hoch. Auch in Regierungsbezirk Liegnitz macht die Erlangung geeigneter und preiswerter Wohnungen den Arbeitern immer mehr Schwierigkeiten. Im Bezirk Magdeburg

bleibt trotz der Thätigkeit einiger Spar- und Bauvereine und gemeinnütziger Baugesellschaften noch die zu thun übrig; im Bezirk Erfurt herrscht an mehreren Anlaufstellen ein sehr hoher Mangel an guten und preiswürdigen Arbeiterwohnungen. (Auf die Wohnungsverhältnisse im Bezirk Merseburg wird das Volksblatt in einem besonderen Artikel näher eingehen.) In Köln haben sich die Wohnungsverhältnisse weiter verschlechtert. Bei der Unterbringung eines Drittels der Wohnungen haben sich 900 als überflüssig und 300 als zu Wohnräumen nicht geeignet erwiesen. Der Mietspreis hat gegen das Vorjahr wiederum eine Steigerung erfahren. Nicht besser ist es in Düsseldorf. Hier läßt die Behausungslage sehr vieler Arbeiterwohnungen, trotz der Bestrebungen der Kommunen und Vereine, den Arbeitern zu gesunden und ausreichenden Wohnungen zu verhelfen, noch manches zu wünschen übrig. In der Stadt Düsseldorf wurden von 515 beschäftigten Wohnungen nicht weniger als 191 beanfeindet und 108, also mehr als ein Drittel, als gänzlich ungeeignet zum Wohnen bezeichnet. Der Beamte für Hannover, Esnabrück und Aurich kommt zu dem Schluß, daß die vorhandenen ungenügenden Wohnungsverhältnisse vieler Arbeiter eine durchgreifende Abhilfe immer notwendiger erscheinen lassen und er bezeichnet es als wünschenswert, daß die größeren Städte der ministeriellen Anweisung in thunlichst weitestem Maße Folge leisten möchten.

Kurz, fast überall wird über die mangelhaften Wohnungsverhältnisse Klage geführt. Und schon die „freien“ Arbeiter gezwungen, mit unverhältnismäßig hohen oder ungenügenden, ja teilweise sogar mit ungeeigneten Wohnungen für sich zu nehmen, so sind vollends diejenigen Arbeiter, die von den Arbeitgebern untergebracht werden, schlimmer daran, als das Volk. Lassen wir einige Beispiele selbst reden! Aus Ostpreußen wird berichtet:

„Die Unterführer der Arbeiter in Posen und Stettin brüchen haben wieder häufig Anlauf zum Einschreiten. Allmählich macht sich jedoch infolge des scharfen Vorgehens der Gewerbeaufsichtsbeamten auf Grund einer hier gültigen Polizeiverordnung über die Unterführer in Stettin und Greifswald eine Besserung der Verhältnisse bemerkbar. Bei der Verordnung auf die oben genannten Industriegebiete bedacht ist, falls ein Arbeiter in der Handlung zum Einschreiten gegen vorhandene Mängel in anderen Betrieben. Nicht beruhende Grabsteine lieferte die Belegschaft der den Gesellen und Lehrlingen in handwerklichen Betrieben, besonders in Bäckereien und Fleischerieien, zur Verfügung gehaltenen Unterführer. Der Gewerbe-Inspektor ist häufiger mit Beschwerden von Arbeitern der Art, Lage und Einrichtung solcher Räume konfrontiert. Besonders bemerkenswert waren folgende Fälle. Bei einem Schmiedemeister mußten sieben Lehrlinge in einem schlecht zu leistenden Räume von etwa 30 Kubikmeter Inhalt schlafen. Bei einem anderen waren vier Lehrlinge in einem Raum von 20 Kubikmeter zum Schlafen gezwungen. Ein Arbeiter in einem Tischlermeister war ein zwei Meter hoher, 1,8 Meter unter dem Vordach liegender Keller zum Schlafen angewiesen. Bei der Enge der Räume mußten auch noch die zwei Töchter überdunkelt stehen. Für Gesellen und Lehrlinge eines Bäckers war ein gänzlich fensterloser, mit Wechselläden zum Teil gefüllter Schornstein eingerichtet. Noch schlechter, feuchter und mit Muzier erfüllt war in einer anderen Bäckerei der Keller-Schlafraum, den der Aufsichtsbeamte nach inzwischen erfolgter polizei-

licher Schließung gegen Ende des Jahres doch wieder im Gebrauch machte. Das mehrfach die Wäcker an dem Badesen in der desunmittelbar Wäcker in der Badesen fehlenden war leider auch im Berichtsjahre wahrzunehmen. Mehrfache Buhände wurden in den Schlaftreiereien angetroffen. So weit möglich, wurde den Missethäter scharf entgegengetreten.“

Das gleiche Missethäter stimmt der Beamte für den Regierungsbezirk Breslau an:

„Alle der Mangel an kleinen Wohnungen ist noch überall, noch gewerbliche Thätigkeit herrscht, Klage geführt worden. In einigen Orten, z. B. Reichenbach und Altstorf, sind Bauvereine zwar gegründet, aber noch nicht viel über die Beratung der Gesellen hinausgekommen. Bei der Unterbringung von vorübergehend beschäftigten Wanderarbeitern wurden namentlich in den Bäckereien und Zuckerfabriken wieder Missethäter angetroffen; sie werden wohl erst dann beseitigt werden, wenn die in Aussicht genommene Verordnung über das Schlafstellenwesen erlassen und ein fester Anhalt dafür gegeben ist, wie die Unterführerräume beschaffen sein müssen. In drei weiteren Räumen, die Arbeiter bedient, herrscht in drei solcher Anlagen in dreizehntägigen Betrieben mit je vier nicht getrennten Lagerstätten. Soweit es sich um gehobene Anlagen handelt, haben sich die Aufsichtsbeamten einmütig in der Weise gehalten, daß sie entsprechende Vorschriften in die Bedingungen aufnehmen.“

Solche ekelhaften Behausungen sind aber keineswegs eine Spezialität des in der Kultur zurückgebliebenen Ostens. Auch in anderen Teilen der Monarchie sieht es stellenweise nicht besser aus. So wird aus Minden berichtet:

„Auf einer Ziegelei betrug die Höhe der Schlaf- und Wohnräume nur 2,4 Meter, die Decken waren nicht verputzt, die Räume sowie die Bettgestelle und Betten waren außerordentlich ungesund. Die Bettgestelle waren nur einmal wöchentlich gereinigt. Die Bettstätten waren ungesund, die Bettstätten waren ungesund, die Bettstätten waren ungesund, die Bettstätten waren ungesund.“

Es ist gerade kein unerwartetes Bild, das die Berichte der Fabrikinspektoren uns aufrollen. Aber das Material, das sie zum Vortragen, ist äußerst wertvoll für die Beurteilung des Kulturstandes, den der preussische Staat am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts glücklich erreicht hat; es ist um so wertvoller, als es nicht von Sozialdemokraten herrührt, die natürlich nach Ansicht der staatsverhaltenden Politiker ungemein übertreiben, sondern von königlich preussischen Beamten, die doch natürlich nicht so schwarz malen.

Das es so wie bisher nicht weiter gehen kann, darüber sind sich die Gewerbe-Aufsichtsbeamten einig, aber die Borschlüsse, die sie zur Beseitigung des Wohnungslebens machen, werden an den kümmerlichen Mitteln, denen meist andere Maßnahmen die schönsten Polizei-Verordnungen über Schlafstätten, wenn die Arbeitgeber taubereifer Mittel haben, sie zu überlassen, und wenn diese Unterbreitungen so flüchtig geschahen werden, daß man von einer Befragung auch kein Befragten bilden nicht reden kann? Was müssen die schönsten Ministerialerlasse, wenn sie nur auf dem Papiere stehen und die Regierung ängstlich davor zurückzuckt, auf die herrschenden Klassen aus nur den leisen Druck ausüben? Wegen der

109)

(Nachdr. verb.)

Um die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg 1525 von Robert Schöndel.

Den Herren dünkte es jetzt ein leichtes Stück, das Schloßlein zu gewinnen. Es liegen von den Wäldern, die Mitter und die Grotzen, und wackelten in ihren schweren Rüstungen den Reihchen durch den saßen Schlamm des Grabens voraus. Unter ihnen blieben die Hüften und sie selbst schrien: „Dran! Dran!“ Aber in der Weiche harrten ihnen die Spiege und Vellebarden entgegen und schlugen die Äußeln der Schützen wie Hagel in sie. Da hielt der Tod gar reiche Beute und es half dem Tod nichts: er mußte zum Niedersatz blauen lassen. In hunderten lagen tot oder schwer verwundet in dem kumpigen Graben, darunter viele Grafen, Herren und Ritter. Die Überlebenden waren decart erschöpft, daß sie ruhen mußten. Der Spatz war ihnen vergangen. Die Landen die mächtigen Soldaten und Sturmhauben ab und verließen die Weide, während die Gefährte wieder zu spielen begannen und die Weide ermeriteten. Die Ringmauer hat den Schwarzen kaum noch Stand; allein ihr Mut war ungeboren und manch derber Spott über die Herren, die gleich schamen Kronchen abgeben waren, ließ sie bei der ersten Anreiß zu ihrer Verteidigung Eise und Dürst bereaigen. Kaipar Erlich hatte seinen Hüner wiedergefunden.

Wichtig bestimmten die Kanonen. Die Herren traten zum zweiten Sturm an, dieses Mal nicht fröhlichen Sinnes, sondern mit Grimm in der Brust. Die Widerstand zu finden, drangen sie durch den Graben in die Weide; denn die Schwarzen hatten neuer Hüner noch Wäldchen mehr. Die Herren brachen in ein Trommelgeschrei aus, schrien ihnen doch das Schwerte überstanden. Aber siehe! vor ihnen stand noch eine Mauer, etwa einen Spieß hoch, mit einer kleinen Fensteröffnung und einer schmalen Thür, dahinter die Hüften des Wohnhauses lagen, und der Bauer hatte das Banner der Schwarzen über der Thür war von innen mit Steinen verbaud und auf der Mauer standen die tobenden Schwarzen und fingig freien Knechte. Und sie stießen mit ihren Speeren hinunter und waren unaufhörlich wichtige

Steine auf die Thürmenden, die es nur ihren festen Helmen und Darmrüden zu danken hatten, daß keiner tot blieb. Arge Beulen, Querschnitten und Gliederbrüche zwangen sie genug davon. Sie müßten abermals den Tod ansetzen und der lange Feind, lang ihnen von der Mauer mit seinem Hagel in greulich falschen Tönen das allgemein bekannte Spottlied nach:

„Ach, Du armer Judos,
Was hast Du getan?
Ach, Du armer Judos,
Was hast Du getan?“

In das Gelächter dröhte der Schredensturm: „Schaut die Kirche!“ Kaipar hatte ihn angeschlossen, indem er dabei mit dem Schwert nach dem armen Judos hinwies, der sich nicht hatten fortzusetzen, sich anrücken zu wollen, selbst noch auf dem Kirchendache und dem Turm, von denen sie Ziegel und Mauerstücke auf die Thürmenden hinabwarfen und viele zu Tode schlugen, als sie ihr Pulver verloschen hatten. Jetzt stand die Kirche in Flammen und der Bauer loberte mit einer Wäldchen gel, der Hüner, Simon und allen seinen Tapferen ein feuriges Grab bereiten.

Im Schloße waren aller Blide dem Fingerspieg Kaipars gefolgt. Erdröhrt und stumm schauten sie auf die wirbelnden Flammen. Florian Geyer entblöte sein Haupt und die übrigen folgten seinem Beispiele.

Wie jene als tapferer Männer in den Tod gegangen sind, sprach er nach einer Weile, sich wieder bedenkend, „so laßt auch uns, lieben Brüder, miteneinander sterben, wenn es kein muß. Sieg oder Tod, ein drittes gibt es für uns nicht. Und: Sieg oder Tod!“ Erhöht es ihm aus tiefer Brust nach: „Florian Geyer fährt fort: „Aber berückt Euch, auf daß Euch die Kraft mit anseh. Lange werden sie nicht räumen.“

Jeder legte und legte sich, wie es die Gelegenheit bot. Die Mehrzahl harzte ernt des Kommanden, manche aber hörte man auch überren und laden. Der lange Feind und Kaipar lagen nebeneinander auf einer lebendigen Stein die verbrannten Burgmauern und schauten trüben Sinnes auf die bald hell aufleuchtenden, bald durch den Qualm gedämpften Flammen der Kirche. Der Niele legte seine gewaltige Toge Kaipar auf die Schulter; er wollte sprechen, aber er vermochte es nicht gleich.

Es suchte seltsam in dem raubbegierigen Gesicht. Kaipar sah ihn an und sagte mit einem schmerzlichen Acheln: „Ach gut sein, ich weiß schon, was Du fragen willst.“

„Nun kam es wie ein tiefes Grollen über die bärtigen Lippen des langen Feindes: „Der Teufel! Ich will haben, wenn er nicht ein ganzer Stern war, der Simon. Bei Gott, das war er! Eine Thüre rollte aus seinen runden Augen in seinen Schmutz. Kaipar nicht stumm. Florian Geyer trat zu ihnen und redete den langen Feind an: „Wieh mir die Sand, alter Krügler!“ Der Feind, ob er wider spürte, das die Zeit doch ihnen! Er beharrte für die Dreue, mit der Du zu unserer Höhe getanden bist.“

„Ach, Kapitän!“ verlegte der Lange, indem er ihm die Rechte reichte, „ist aus mit der Freiheit, so mag der ganze Strempel zur Abble fahren. An dem bisfel Leben ist halt mir gelegen. Aber über der Erlich, um den wird's mir leid thun, hat was Liebes daheim.“

Kaipar wurde feuerrot. Florian Geyer aber legte mit einem Acheln, indem er auch ihm die Sand gab: „Auf alle Fälle! Grüß' Dein Lieb von mir, wenn Du davonkommst. Na glaub; denn Du schaust mir aus wie einer, der selbst den Tod harret.“

„Es geht wieder los!“ rief der lange Feind aufstehend und legte leiser hinzu: „Wenn nur der verdammte Dürst nicht war!“

Da die Kugeln der Schwarzen Schär nicht mehr zu fürchten waren, so hatten die Wäldchenmeister die Hüfte bis an den Rand des Grabens vorgezogen. Das war solcher Wäde erneuerte Feuer ermeriete nicht nur die bereits vorhandene Weide in der Ringmauer beträchtlich, sondern legte auch von der inneren Mauer ein Stück der oberen Hälfte nieder, das glücklicherweise nicht innen fiel. Die edlen Herren traten aber nicht wieder zum Sturm an, sondern begnügten sich mit dem Zurücken. Der Trüchsig war nämlich nach der zweiten Niederlage nach dem Dorie Angolstadt geritten und brachte nun die erlegene Fußtruppe, welche dort ihr Werk getan hatte, heran. Die abeligen Herren folgten ihnen und begaben sie an wie Stufen. Aber über die Hauptreihe, Bändliche, Waibel und Doppelschneider durch, keine öffentlichen, schickte man sich zu kommen sie nicht mit Beulen und Querschnitten davon, sondern es fanden ihrer viele in dem niederprossenden Steintrogen den Tod, und auch die Spiege und Vellebarden der Schwarzen

artige, jeder Kultur Sohn sprechende, Gestirnt und Gesundheit untergraben. In jedem dieser ist eines energischeren Ausschreitens, hier heißt es ganze Arbeit machen und den Grund und Boden der Privatkapitalisten entziehen. Erst dann wird die Wohnungsnot und ihre Begleiter, die Schließung von Betrieben, verschwinden.

Zum Volkstriebe.

Die Tarifkommission erledigte gestern die Positionen 812 bis 840, so daß noch 103 Positionen übrig bleiben. Die gestrigen Beratungen erstreckten sich auf Eisenwaren verschiedener Art, auf Heften, Rasiermesser, Spulen, Schloßer und Schlüssel, Bau- und Möbelbeschläge u. s. w. Die Positionen wurden fast ohne Ausnahme nach den Sätzen der Vorlage genehmigt.

Wollenbau: Die Industrie seiner Schneidwaren in Solingen konzentrierte mit Sheffield usw.; sie bedürfte keines Schutzzolls. Eine Industrie, die gute Ware machte, bleibe konkurrenzfähig, das sollten die Industriellen überhaupt beherzigen. Geheimrat Wermut erklärt, die Solinger Industrie sei mit dem Entwurf einverstanden.

Die Position wird nach der Vorlage angenommen. **Wollstoffe:** 20 Mrd. und 840 Schreibröhren 90 Mrd. Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. **Goßeln:** beantragte zu 840 60 Mrd. **Stadtbaugen:** Die Exportindustrie dürfte nicht unterbunden werden durch Zölle, wie es thätigst beiläufig der Position 839 gefordert. Die Konfektionsindustrie werde befreit. Bei Position 840, Schreibröhren, für die der Zoll von 60 auf 90 Mrd. erhöht wird, läme die Einfuhr weit mehr in Betracht als die Stimmen einiger Interessenten, die Weichteile haben wollen. Drei Viertel des Bedarfs wird vom Ausland gedeckt, das beweise die Notwendigkeit der Einfuhr. Fast ausschließlich nach Großbritannien unter Bedarf; diesem freihändlerischen gegenüber müsse Rücksicht geübt werden; man dürfe sich wundern, wenn solche Zollrückstände die Zollneuerungen nicht auch in England hervorbrächten. Deutschland würde mündlich geschädigt, wenn England Gelegenheiten belieben würde. Schließlich ist es, wenn Zölle festsetzen, es solle in den Schulen daraus gelehrt werden, daß nur Schreibröhren deutschen Fabrikats verwendet werden.

(Geheimrat v. d. Borcht tritt für die Vorlage ein. Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen. **Schluss 7/8 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 9 Uhr.**

Tagesgeschichte.

11. u. 5. August.

Ein Kommunal-Konflikt

ist in Mülhausen i. E. ausgebrochen. Dort haben die Bürgermeister und die liberalen Gemeinderäte ihr Amt niedergelegt, weil bei den letzten Gemeinderatswahlen 12 sozialdemokratische Gemeinderäte in das Stadtparlament eingezogen sind. Den feilen Karsten ist es jedenfalls durch die Anwesenheit so vieler Rechte im kommunalen System ungünstig geworden. Die Demission der gestrichelten Stadträte wird in folgenden offener Briefe hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, die wir mit dem heutigen Tage aus dem Gemeinderat austraten. Die Gründe hierfür sind erstens die ausgesprochene Tendenz einer Anzahl demokratischer Gemeinderäte, eine das Ansehen des Bürgermeisters und die Integrität der Stadt in gleicher Weise schädigende Regierung einzurichten zu wollen; zweitens die daraus resultierende Erkenntnis, daß ein gedeihliches Zusammenwirken zwischen uns und jenen Gemeinderäten ausgeschlossen ist. Mülhausen, 31. Juli 1902. Burghardt, Hedemann, Gegauff, Dr. Kaufmann, Kirchner, Ludwig, Wid, Zimmel.

Die 12 sozialdemokratischen Gemeinderäte haben dieses „liberale“ Schreiben mit nachstehender Gegenerklärung beantwortet: „Die demokratischen Mitglieder weisen mit Entschiedenheit die Behauptungen der demissionierenden Gemeinderäte als der Wahrheit nicht entsprechend zurück. Erstens ist es unklar, daß die Mitglieder der demokratischen Fraktion des Gemeinderats die Integrität des Bürgermeisters untergraben wollten. Tatsache ist, daß alle Mitglieder der demokratischen Fraktion dem Bürgermeister und seinen Freunden in jeder Weise entgegenkommen. Die Wahl des Bürgermeisters und seiner Beigeordneten beweist das zur Genüge. Zweitens ist es unklar, daß ein gedeihliches Zusammenwirken nicht möglich war. Tatsache ist, daß die demokratischen Gemeinderäte, wie aus den Sitzungsprotokollen zu ersehen ist, bisher dem Bürgermeister in seiner Weise Disposition gemacht haben. Die Demission, zu der der Bürgermeister noch neun Mitglieder des Gemeinderats zu bestimmen verstanden hat, hängt nicht mit den angegebenen Gründen sondern mit der Affäre Jüffel zusammen, in die der Bürgermeister verwickelt ist. Diese Affäre wird in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung der nötigen Kritik unterzogen werden.“

Von den 20 Mitgliedern des Gemeinderates haben seit der letzten Wahl 11 demissioniert. Es verbleiben noch 13 Demokraten und 12 Sozialdemokraten. Der mehr als ein Drittel der Gemeinderäte ausgeschieden ist, so haben Ersatzwahlen stattgefunden. Die sozialdemokratischen Gemeinderäte haben den Antrag gestellt, daß so bald als möglich die Wahl eines neuen Bürgermeisters vorgenommen werde.

Festlichdienst im Lande der Dichter und Denker.

Die Aussetzung der Heiligentimer in Aachen ist zu Ende. Es ist aber schon dafür getorgt, damit die gläubigen Schäflein

der allen festlichgebenden Kirche die Füllung mit dem Heiligen nicht verlieren. In der Zeit vom 9.—19. August werden nämlich in Mülhausen-Glabach folgende Aktivitäten der Andacht der Gläubigen vorgeführt: Ein großer Teil des Zirkus, auf welchem Christus das letzte Abendmahl mit seinen Jüngern gefeiert hat. — Viele Bruststücke eines Reiches, dessen der Heiland sich am letzten Abendmahl mit den Jüngern bedient hat. — Ein Schifflein, das die Welt vor sich hat. — Ein Bild von dem Himmelsreich, in welchem Christus von den Engeln umgeben ist. — Vier kleinere Teile von den Beweinungen der hl. Jungfrau Maria. — Zwei kleinere Teile von den Ableiden des hl. Johannes des Evangelisten. — Partikeln vom Holze des Kreuzes unseres Herrn und von anderen Leidenswerkzeugen. — Teile von dem Tuche, welches das Haupt Christi im Grabe bedeckte, von dem weißen Kleide, in welchem Christus von Herodes verripptet wurde u. s. w.

Es ist ein trauriges Zeichen für die deutsche Kirche im Laufe des 20. Jahrhunderts, daß solche Beweinungen in Szene gesetzt werden und daß sich noch immer, wie der Besuch in Aachen gezeigt, Leute finden, die sich glücklich preisen, diese Sachen gesehen oder berührt zu haben.

Der „Stellvertreter Gottes“ als Paria.

Die wunderbaren Enthüllungen, die der „Holl Löbning“ über das preussische Mandarinentum gebracht hat, geben einem hervorragenden Mitarbeiter des Volksfreundes für Hannover Anlaß zu folgenden Betrachtungen:

Welche Empörung war in den Kreisen der Feldweibel diese Enthüllung wühlend hervorgerufen! Freilich — das dumpte Gefühl, daß die durch eine unüberwindliche Mühe von der Disziplin gelöst geworden sind, beiseite liege ja schon lange! Man erinnere sich nur an den Brocken Krug! Wie hat jener Wirtmeister seine Wächtermeister behandelt. Und das galt es etwas ganz Selbstverständliches! „Das ist einmal so Sitte.“ Der alte Wächtermeister waren weit heruntergefallen, als ob es ein dünner Junge wäre! Nun — ein Arbeiter, dem von seinem Fabrikanten nach so langer treuer Dienstzeit eine solche Behandlung zu teil würde, bliebe nicht eine Sekunde länger in seiner Stellung! Der alte Wächtermeister wird ohnmächtig ob innerer Erregung, krank vor Gram über die ihm angethane Unbill — aber der eierne Joch, in den er sich begeben, drückt ihn zu Boden, er kann nicht empor, er muß sich alles gefallen lassen! Das heißt: der Kramler bleibt unzulänglich! Und er ergreift auch die Kameraden, denen zunächst bisher noch solche Demütigung erspart blieb — wissen sie doch, daß jeder Augenblick sie auch ihnen bringen kann!

Daher das rafflose Suchen im Kreisbogen gerade unter den Wächtermeistern nach dem Schuldigen! Auf die Wächtermeister fiel der Verdacht — nicht auf die Kameraden, obwohl es doch auch unter ihnen mancher gab, denen es bei Krugkraft nicht zum besten gegangen war.

Es bestand und besteht auch das dumme Gefühl, daß bei den Wächtermeistern Groll und Unzufriedenheit herrscht! Unter den Feldweibel — und selbstverständlich bei den Unteroffizieren, die „noch weniger“ sind, wird dieser Groll nunmehr ganz ungeheuren Umfang annehmen! Wir können es ihnen wirklich nicht verdenken, denn der Fall Löbning ist typisch, d. h. er ist kein Einzelfall, betrifft nicht die einzelnen Personen, die in diesem Drama auftreten, sondern er ist kennzeichnend für die ganze Schicht, um die es sich dabei handelt.

Wir Sozialdemokraten können ganz zufrieden sein! So mußte es kommen — nach den Entwicklungsgeboten, die wir bei der gesamten Wirtschaftsordnung als maßgebend erkannt haben, mußte schließlich der Kräftegleichgewicht zwischen den verschiedenen Klassen des Wertzeuges führen, durch das die herrschende Klasse sich ihre Existenz für die Zukunft sichern will. Eben weil sie Vorrechte hat und noch mehr erwerben will, das allgemeine Rechtsgefühl immer mehr untergraben und dadurch die Schaar derer vergrößern, die mit uns einziehen, daß die Grundlagen der bestehenden Gesellschaft zusammenbrechen müssen, damit an Stelle der Privilegien-Wirtschaft das gleiche Recht für alle tritt!

Einem Besuch beim russischen Zaren stattet zur Zeit Wilhelm II. ab. Das Festprogramm ist das übliche: Land- und Seemannsparaden, Paraden, Festessen, Trinkpfeife usw. usw. Am 27. August wird der König von Italien einen Besuch in Berlin machen.

Die „Kauischen“ hatten nicht Ruhe. Die Berliner Polen veranstalteten eine Protestkundgebung gegen die antipolnischen Maßnahmen der preussischen Regierung im Laufe dieses Monats. Es sollen besonders die Mittel beraten werden, um die in Berlin aufwachsende Jugend der polnischen Nationalität zu erhalten.

Kulturarbeit im Hinterland von Kamerun. Ein Oberleutnant der deutschen Schutztruppe berichtet aus Garua vom 15. Februar über zahlreiche Gesichte mit Negerhäuten. Im

thaten ihre volle Schuldbiligkeit. Mancher, der schon den Rand der Wauer erreicht hatte und sich hinaufschwingen gedachte, fiel einhändig, oder durchbohrt, oder mit eingeklemmtem Schädel zurück. „Dran! Draan! Draan!“ schrien unaufhörlich die Herren.

Am Fuße der Wauer kauften sich die Feinden, und sie dienten den Sturmenden zum Schmel. Einer mit einem schmerzhaften Hühnerfuß war der erste Oben. Im Jubel darüber stochte der Sturm einen Augenblick. Da sprang Kaiser auf die Wauer, gab seinem, der sich befehen nicht verließ, einen Stoß, so daß er stürzte, rief das schwarze Banner an sich und sprang damit hinunter. Doch dem nächstfolgenden folgten mehr und mehr, an verschiedenen Stellen trabelten sie hinaus, und mit wildem Geschrei stürzten sie sich auf die Wauer, die nicht wankten und nicht wichen. Ein wildes Gemenge entstand. Man schlug einander mit den Speerenden, Wuchselhaken, Steinen auf die Köpfe, schlug mit Schmettern, Schen, Werten, rang und schlug einander um Leib und Wange, mit allen Händen — alles in fast stummer Erbitterung, so daß man das Klirren der Waffen, das Klirren der geschmeterten Gebeine, das Wehen der Verwundeten und Sterbenden, den dumpfen Aufsturz der unter die Füße Getretenen vernahm.

Florian Geuer und der lange Dienhart waren überall, wo die Not der Schritten am größten schien, und ihre scharfen Schwerter trafen gierig Leib und Leben. Von dem Blut war auch der lange Degen Kaiser, der seine Wunde auf dem Schädel eines blühenden Hauptmanns zerlähnte hatte. Das Tuch der schwarzen Robe mit den goldenen Fransen hatte er von der Schanze gerissen und sich um den Leib geschlungen.

Es wurde dunkel und mit der Dunkelheit ging die summe Wut in ein Gefühl über, wie von hungrigen Mauthieren. Dem Worten that sie keinen Einhalt, das brennende Angoldast leuchtete zu dem Graus. Hier und da mußten die Leiber der Verwundeten und Toten den Speerenden zum Ziel dienen. Der Zahl der Wundlichen war jedoch zu groß und die Schanz der Schwarzen schmolz und schmolz. Die 50 freien Bräute Würzburgs lagen Mann für Mann erschlagen. Ein Häuflein Bauern schickte in den Burgfelle. Die Wundlichen waren brennendes Stroh und ein Häuflein Wilder durch die Wälder der Wälder wandernd. Krachend lag es auf alle bis auf drei stehenden und verbrannten. Der Gemüll, das die Steine wurden weit umher geschleudert, so daß die Wundlichen zurückwichen. Aber

auch ein Stück der Minamauer war im Rücken der Schwarzen eingestürzt. Florian Geuer grüßte es „Gnau!“ schrie er den Seitigen zu. Der lange Dienhart sprang an seine Seite und ihre geschärften Schwerter deckten den Rückzug der Jüngeren. Es war nur noch ein ganz kleines Häuflein. In der Verzerrung der Erschöpfung, dem aufgeschüttelten Staube und der Dunkelheit gelang es allen, Florian Geuer und dem langen Dienhart als den letzten, das Freie zu gewinnen.

Das Jucheln von der Burg gelagene Gehölz nahm sie in seinen Schutz, wie es den Wundlichen noch ganz deutlich wurde, was freilich war. Der nicht mehr Wohl, die ihre voll Bauern, die sich vor dem Neffigen hierher gerettet hatten, wohin ihnen die Weiter nicht folgen konnten. Der Brand der Dreier Angoldast, Sulzdorf, Büttarth und Giebelstadt rötete den Himmel über dem Walde und wie in Blut schwam der abnehmende Mond herauf. Von Wios her, wo der Truchsel inswischen das Lager geschickt war, die die Herren von den Borreren der böhmerischen Lagerburg sich gutlich thaten, schmetterten die Trompeten und dröhnten die Pauken zur Siegesfeier.

Gen stellte sich dort auch reumütig das meuterische Büffel ein. Der Truchsel verzicht nicht aus Grottheit etwas, denn einer solchen war kein Herz nicht schlag, sondern weil es für die große Untertugend, die ihm noch oblag, nicht entbehren konnte. Der Tag bei Königshausen und der heutige beiderseits hatten nicht sehr viele Menschen und Herde getötet. Von der erlesenen Schaar fehlte kaum der dritte Teil aus den Burggrünen zurück. Die berittenen Wachen, welche bisher das Gehölz umkreist hatten, wurden jetzt vor Woszen bis zu dreizehn getöteten Büffel abgeführt. Hier die „Schanz“ beruhte, so gab es am Morgen wohl noch eine fröhliche Jagd auf Kleintiere.

Florian Geuer verjammelte mit dem feurigen Widerschein des Himmels und dem bleichen Mondlicht, die das Waldumfeld heimlich durchdrängerten, die Flüchtlinge und berückte, ihnen Blut einzugießen. Er stellte über, wo es für eine höhere Beute des Lebens werden müßte, wenn sie abwarten, bis der Tag den Büffelnden das Eindringen in das Gehölz gestattete. Es wäre ihnen ja auch zu gut bekannt, daß der Wolf eher ein Schaf, denn der Truchsel eines Bauern verschone. Von Jugend auf und als Säger mit der ganzen Jugend bekannt, wußten sie, wie sie sich vor dem Truchsel zu verhalten hätten, wenn sie ihm folgten. Einmalige Streitwachen brauchten sie nicht zu fürchten, die sie alle gut bewaffnet

wären. Immer aber sie es ruhmvoller, mit den Waffen in der Hand zu sterben, als sich bei im Walde feig erwidern zu lassen.

Die Entmutigung war jedoch zu groß und nur ein ganz kleines Häuflein schloß sich ihm und seinen wenigen Schwarzen an. Nur ihre noch vollen Wäpferstücke und Handtröge gaben sie letzteren her. Unterdessen hatte der lange Dienhart am Waldende gepöht und kam jetzt mit seiner Ausfandigkeit zurück. Darauf unternahm Florian Geuer mit großem Värm einen scheinbaren Vorstoß gegen Sulzdorf u. elte, als die Vanzfieder dort von allen Seiten zu laut kamen, durch das Gehölz zirkel und immerhin im Süden gegen Woszen hinaus. Sein ungestümmer Angriff zerstreute die überforderten Kämpfer, bevor ihnen die Kameraden zu Hilfe kommen konnten, und er erreichte glänzend den bewaldeten Seeburg bei jenem Dorfe.

Schöpfte von der fast unüberwindlichen Kampferbeit seit dem Morgen, waren sich die Entzerrten nieder. Nur einer fehlte und der lange Dienhart war sich aufhebend: Alle Saad mo it dem der Gedächtnis! Und ich loh ihm doch nach, als wir aus dem Holz vorbrachen. Auch andere hatten ihn damals noch gesehen, keiner vermochte jedoch, weitere Auskunft zu geben und auf den Ruf seines Namens, den der lange Dienhart mehrmals mit aller Kraft erschallen ließ, erfolgte keine Antwort. Man mußte ihn verloren geben.

Die Bein des Druchsel tröf die Flüchtlinge trotz ihrer Ermüdung bald weiter. In Giershausen erreichten sie die Deersstraße, die über Giebelstadt nach Würzburg führte. Bei dem Wirtschause war ein fließender Brunnen, auf den sich alle gierig stürzten. Florian Geuer hämmerte unterdessen mit seinen Giebelstücken den Wert aus dem Schloße. Erst nach einer guten Weile stieg der Besatz vorwärts zu einem Jenerleim heraus, zog ihn aber schleunigst wieder zurück, als er der letzten Wüste anstichtig wurde. Er hatte Angst vor der Rache der Wundlichen, deren Verlass auf der Verfolgung der Bauern auch durch Giershausen gelangt waren. Nur die Drohung, sich demnächst Giershausen zu verhaschen, bewog ihn, sich endlich die Gierstücken zu herren. Die Flüchtlinge verlangten vor allen Dingen Brot und fiefen dann heißungig über das doppelte her. Gatte doch seit dem Aufbruch von Heidingfeld keiner einen Bissen gesehen.

(Fortsetzung folgt.)

Kolonialpolitik heißt es darüber: Ein Angriff des Emir Sibero auf das Lager des Hauptmanns Kramer mißglückte. Oberleutnant Mandke hat nach einem früheren Geheiß Kubanijda unterworfen und den sibirischen Emir Sibero jetzt verhaftet, ohne ihn jedoch einzulösen. Hauptmann Kramer wollte in Ost Sibero ziehen. Oberleutnant Dominik beschloß, den Emir Sibero endgültig aus Manama zu vertreiben. Am 17. Januar erzielte die Matrossen-Abteilung eine scharfe Zerschlagung. In Nischi schritten die Eingeborenen ruhig, den langen Strohseer in der Hand, auf die Expedition zu, bis sie plötzlich unter wildem Geschrei angriffen und den farbigen Sergeanten Dias schwer verwundeten. Den Eingeborenen war vorgebetet worden, die Gewehre der Soldaten würden nicht losgehen. Bei Garua liefen einige Eingeborene, nur mit einem Strich versehen, auf die Soldaten zu, um sie zu fangen. Ueberall wurde die Expedition von Reiter-Schwärmen begleitet, bis ein Manaschnegebeur zu feuern begann und in den Kolonnen Mann auf Mann fiel. Immer neue Leute liefen, nur einen großen Strohseer schwingend, auf die Expedition zu, um oft erst Schritte vor dem Feind niederzulassen zu werden. Oberleutnant Dominik berichtet, daß nach diesem Gefecht die gemeinsamen Fullastwagen die deutsche Herrschaft anerkannt haben.

Wie lange wird die Anerkennung dauern? Wie viel Mann Schutztruppen-Beschäftigung und wie viel Millionen Mark wird diese Kulturarbeit mit dem Maschinengewebe den deutschen Steuerzahler noch kosten?

Das Arbeiter-Rechtsbureau zum Geschäftsbetrieb strecken will die V. a. u. m. r. der Polzeibehörde. Wie unser Vorläufer berichtet, hat vor einiger Zeit die dortige Behörde den Sekretär des Bochumer Arbeiter-Rechtsbureaus darüber vernommen, weshalb er das Amt nicht bei der Behörde annehmen wolle. Er erklärte, obwohl der Sekretär Genosse Wolf der Behörde genügend Mühsalung darüber gegeben hat, daß es sich nicht um ein gewerbliches Unternehmen im Sinne des § 35 der Gewerbeordnung handle, hat es sich die Behörde dennoch nicht verlagern können, auch den Vorstehenden und den Kassierer des Geschäftsstands über den gleichen Gegenstand zu vernommen. Nimmere ist in dieser Sache eine Anklage gegen Wolf und Genossen anhängig gemacht worden, weil diese als Vorstandsmitglieder des Geschäftsstands ein Rechtsbureau errichtet hätten, das sie der zuständigen Behörde als westlich angesetzt haben. Der Termin auf den 21. August festgesetzt.

Der wenig ruhmvolle Kampf der oberständlichen Behörden gegen das Arbeitersekretariat in Weutchen scheint die Bochumer Polizei zur Nachahmung angeregt zu haben.

Ausland.

Österreich. Die Ursachen der Landarbeiter-Bewegung in Galizien sind wirtschaftlicher und politischer Natur. Unser Wiener Parteiblatt teilt darüber auf Grund von Untersuchungen durch grünländische Kameraden folgendes mit. Die Arbeiter und Kleinrentner in Galizien sind scheinbar auf den Grundbesitzbesitzer. Der nationaler Gegenstand wird verstärkt durch die Ausbeutung, deren Opfer der Bauer und Feldarbeiter ganz besonders in Ungarn sind. Der galizische Bauer ist und der Grundherr, zuerst ein Mitglied der politischen Schicht (Adels), wirtschaftlich auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Die erhaltene Feldarbeiter für eine harte Arbeit von 11-12 Stunden nur einen Lohn von 45 Fig., die Frau nur 25 Fig. für den Tag. Diese Löhne werden aber nicht in Bargeld ausbezahlt sondern in dem, was man in Galizien "Biergeld" nennt. Auf einem Boppendesegeln wird, wie längst erst der Abgeordnete Daszynski im Wiener Reichstag erzählt hat, dem Arbeiter die Verwendung auf seinen Lohn erteilt, und dieses Biergeldes löst der Schantritt ein, der im Nebenamt meist auch Brenner ist. Er liefert dem Bauer den Schnaps, mit dem er sich betäubt, und zahlt dem Gutbesitzer eine prozentuale Abgabe von dem verkauften Branntwein, so daß es beiden um so besser geht, je mehr Schnaps getrunken wird.

Welch furchtbare Zustände auch in gesundheitlicher Beziehung in Galizien herrschen, zeigt die amtliche österrische Statistik über die ansteckenden Krankheiten in den Jahren 1890 bis 1899. Von allen österrischen Kronländern hat Galizien die größte Sterblichkeitsziffer. So erkrankten an Malaria im Jahre 1898 6996 Personen, in ganz Österreich außer der Bukowina nur 20 Personen. Für das Jahr 1899 sind 5723 Erkrankungen in Galizien (2396 in den anderen Ländern der Monarchie) zu verzeichnen. Es fanden 1898 in Galizien an den Malaria 1245 im Jahre 1899 1087 Personen. Während an Scharlach in Galizien 1898 nicht weniger als 22 625 Personen erkrankten, wozu 5421, 1899 noch 19 428, wozu 4622 fielen, erkrankten in den anderen Kronländern sibirisch im Durchschnitt 7500 Personen. An Malaria wurden in Galizien 1898 47 862, 1899 38 517 Personen krank, von denen 3961 und 2796 Personen starben.

Böhmien hatte wohl sehr viel mehr Erkrankungen an Malaria (57 377 und 61 476 Fälle), aber weniger Todesfälle. Auch die Diphtherie fordert viele Opfer; 1898 endeten in Galizien 2399 Erkrankungen in 851 Fällen, 1899 1629 Erkrankungen in 631 Fällen mit dem Tode. Eine wahre Geisel ist der Unterleibsruhr in 7202 Erkrankungen und 838 Todesfällen im Jahre 1898 und 6042 Erkrankungen an 709 Todesfällen im Jahre 1899. Von 4147 Erkrankungen an Typhus in der ganzen Monarchie kamen im Jahre 1898 allein 8951 auf Galizien von 392 Todesfällen 346. Für das Jahr 1899 lauten die entsprechenden Zahlen für ganz Österreich 6056, für Galizien 591 Erkrankungen, 565 bzw. 481 Todesfälle. 3464 Erkrankungen an Dysenterie (Ruhr) in Galizien führten in 594 Fällen im Jahre 1898 zum Tode, im Jahre 1899 3010 Erkrankungen in 541 Fällen.

Frankreich. Der Kulturkampf für Montag wurden in der Bretagne ernste Zwischenfälle befürchtet, da die Auflösung der Ordensschulen an diesem Tage dort ausgesetzt werden sollte. Die Truppen von Breiten hatten scharfe Patrouillen erhalten, auch Kolonialtruppen sind aufgeboden.

In verschiedenen anderen Provinzen haben am Sonntag wiederum Unruhen stattgefunden. In Mont Bonnot wurde ein Herr von Verlieb verhaftet, weil er die gerichtlichen Siegel von der Ordensschule wieder entfernt hatte. In Solais verhafteten sich über 400 Personen vor der Schule und empfangen den Polizeikommissar und die ihn begleitenden fünf Polizisten mit Steinwürfen. Der Kommissar mußte sich zurückziehen. In Bouvanc hatten die Mieriten eine Kundgebung veranstaltet, worauf die Republikaner eine Gegenkundgebung organisierten und ein Zusammenstoß stattfand, bei dem mehrere Personen verletzt wurden. Die Polizei schritt ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. In Charnod fand ein Protestmeeting statt, dem 2000 Katholiken beiwohnten; Republikaner drangen in die Straße, in der das Versammlungslokal gelegen war, und es kam zu einem Handgemach, bei dem 4 Personen verletzt und zahlreiche verhaftet wurden.

Der Bürgermeister und die beiden Schwestern von Ann sind vier Kletterer entsetzt worden, weil sie Briefe veröffentlicht haben,

wora in sie gegen eine ministerielle Verfügung betr. das Verbotsgesetz protestierten.

Türkei. Die Beschwerden der hartbedrängten Armenier finden bei der Pforte noch wie vor kein Gehör. Die Verfolgungen und Gewaltmaßregeln halten an, und alle Proteste nutzen nichts. Aus diesem Grunde hat der bei der Pforte angelegte armenische Patriarch seine Demission eingereicht.

England. Die Krönung Edwards wird also doch in den nächsten Tagen stattfinden. Er wird seine Fahrt verlassen und am Mittwoch in London eintreffen.

Afrika. Die Arbeiterfrage in Südafrika ist zur Zeit eine äußerst schwierige. Wie die Times aus Johannesburg melden, suchen mehrere große Bergwerksbetriebe wegen Mangel an Arbeitskräften einheimische Arbeiter in Transvaal einzuführen. Die Führer der weißen Bergarbeiter dagegen suchen eine feste Organisation zu schaffen, um eine Reihe politischer und sozialer Reformen durchzuführen zu können.

China. Die Chinesen wollen die fremden Garnisonen los sein. Der Vizekönig von Kanton hat durch den Laotai von Schanghai ein Gesuch an die Konsule der dort dort Garnison haltenden Mächte gerichtet, behufs Erlangung der baldigen Zurückziehung dieser Garnisonen.

Mansfeld.

Die preussischen Bergpolizeiberichte werden gewöhnlich in der Berg- und Hüttenarbeiterzeitung auf ihren Inhalt geprüft und die Ansichten der Inspektoren über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiter einer Kritik unterzogen. Uns interessiert vor allem die Schilderung über die Lage der Mansfelder Bergleute, die unseren Lesern zwar nicht viel Neues sagt, aber durch die Mitteilungen über die Lohnzahlung, die Arbeitszeit, das Kaufverbot zc. einen lebendigen Bericht der Mansfelder Verhältnisse gibt. Der Verfasser denkt auch an die Verschlimmung, die das Volksblatt in den Kreisen der Mansfelder Kupferhüttenbetriebe gewöhnlich genießt. Soffentlich bleibt uns diese noch lange erhalten; an uns soll es nicht fehlen. Doch lassen wir den Artikelshreiber selbst sprechen:

"Wenn man den Namen Mansfeld hört, ersticht einem das Gewissen", erklärte Kamerad Döfle-Gesellen auf unserer Generalversammlung in Effen, "und fand damit die Zustimmung der Delegierten aus Mitteldeutschland, die in ihr Mansfeld kennen mußten." So oft auch das Mansfelder Revier erwähnt wird, fast immer handelt es sich um Ereignisse, die in der Arbeiterbewegung unangenehme Aufsehen erregen. Sei es im Jahr 1890 bei der "Giseleren Schicht", in der es unsrer jetzt in Schottland lebenden Kameraden August Siegel und anderen beinahe bis ins Ergeiß, wie es die föhnlische Fortpöppelung des Knappenkimboms mit ihren Begleiterzeichnungen; Unterdrückung jeder freien Meinungs, Föhrung von Denunzianten, Maßregelung selbständiger Charaktere — die "Mansfelderer" ist berichtigt geworden in ganz Deutschland. Wenn man von bunteligen Deutschland redet, wird das Mansfelder Revier malen verbergen.

In diesem Revier malen verbergen 1901 nach den Mitteilungen der Bergbehörde 15 019 Bergleute, davon allein 14 588 auf Kupferhüttenzweigen, gehörig der alten Mansfelder Bergerschaft. Wertwürdig wenig wie die Behörde über dieses große Gebiet zu erzählen. Den verhältnismäßig größten Teil des Berges pro 1901 nehmen Aufwinder der "Wohlfahrts-einrichtungen" in Anspruch. Und so ist es früher auch gewesen, so daß die Öffentlichkeit annehmen muß, dort im Giseler-Stollenberg Bezirk ist für den Arbeiter ein erträgliches Los geschaffen. Um so erstaunter ist die Welt dann immer, wenn die Arbeiterzeitung zeitweilig den Schlier von dem herrlichen Bergmannsleben in Mansfeldischen Laste. Da dies die Spezialität besonders des Volksblattes im Falle ist — es ist freundschaftliche Dienstleistungen — und die Mansfelder hochmögliche Herren sind und hohe Männer haben, so erstreut sich das Volksblatt der besonderen Verschönerung aller im den guten Fall der Mansfelder Bergleute Gutgefallen. Aber die Arbeiterpresse hat doch erreicht, daß allmählich sich in weite Kreise die Erkenntnis Bahn brach, in Mansfeld sei nur der geringste Teil des goldig glänzenden wirtschaftlichen.

Dies wird auch wieder bestätigt durch die Antworten, welche auf unsere Fragebogen von den Mansfelder Werken eingingen. Nur vom Dötsch, Birtel, Schicht, Freies Lebenserhalt, Lichtlo und von der Gart-Schmelzhütte sind Antworten eingegangen; warum nicht mehr, läßt sich leicht denken.

Über die Arbeitszeit erfahren wir, daß sie auf den Schichtzeiten 8 Stunden ist, ausgeschlossen Ueberstunden; in der Schichtzeit wird 8-12 Stunden gearbeitet. Zur Zeit hat die Ernte die Lebenserhalt eingeschränkt. Sonntags wird aber immer noch auf Reparatur gearbeitet. Feiertags und Arbeiterentlassungen waren zur Zeit des Einlaufs der Fragebogen nicht vorgekommen.

Dagegen ist an der Lohnzahlung die schlechteste Zeit — für die Arbeiter — zu spüren. Die Aktionäre können noch immer zureden sein. Die Bergbehörde gibt für 1901 als Durchschnittslohn aller Arbeiterklassen im Kupferhüttenbergbau an 3.30 Mark, gegen 3.36 pro 1900. Unsere Fragebogen, die im März-April 1902 ausgefüllt sind, melden uns von Lohnabgaben bis zu 30 Proz. Käufer erhalten nur noch 2.70-3.50 Mark Nettolohn, Schichtlohn bis herunter zu 2.25 Mark! Förderleute bekamen nur noch 2.50-3.00 Mark Nettolohn, bis zu 1.80 Mark herunter Schichtlohn! Zimmerleute werden mit 2.25 Mark entlohnt! Jugendliche Arbeiter erhalten 1.25 Mark! Wir erinnern daran, daß im Mansfeldischen die Arbeiterarbeit schon von 14 Jahren an unterirdisch ansetzen, um in den niedrigen Streden, gebüdt, oft mehr liegend, die ebenso leichte wie erzieherische Arbeit des Bergarbeiters zu verrichten. Dies Privilegium ist der Mansfelder Bergerschaft behördlich zuerkannt; die Arbeiterfinder befinden sich wohl dabei, wie man aus ihren vollständigen, gesundheitsgefährlichen Geschichten herauslesen kann. Es gibt keine gefährdere Arbeit für Kinder, als unterirdisch Hagenlösen. — Die Schmelzhüttenarbeiter erhalten 2.60-3.20 Mark, wogegen für 8-12 Stunden Arbeit vor dem Hütten.

Damit die Gesundheit vollständig wird, ist doch ungenügendliche Kaufverbot vorhanden, welches darin besteht, dem Niedrigstfordernden das "Gebinde" zu übergeben. Das Gebinde wird verweigert. Die Folge davon ist Übernahme der Arbeit zu solchen niedrigen Preisen, daß bei unmenslicher Dulderei glücklicherweise die oben angegebenen Löhne verdient werden — auch noch drunter. Die Bergleute im dumpfen Streden, die Hüttenleute im Schwefel- und Bleimant — was kann es Schöneres geben als für den Wohlstand der Mansfelder Bergerschaft thätig zu sein!

Daß insofern des ungeliebten Kaufverbot die Sicherungsarbeiten vernachlässigt werden müssen, daher die Zahl der Unfälle für den Bergbau verhältnismäßig hoch ist, versteht sich

am Rande. Ungefährlich ist nur, weshalb die Behörde immer noch dieses gefährliche Gebotestellen duldet.

Sehr wichtig ist die Mansfelder Bergerschaft, das kann man in dem Berginspektorenbericht in enger Breite nachlesen. Daß aber diese reiche, wohlhabende Gesellschaft keine Bedenken anzustellen für die Arbeiter erteilt, daß die Mannschaften sind den Ansprüchen auf Wohnlichkeit und Reinlichkeit längt nicht entgegen, daß wohl über Tage, aber nicht in der Grube Tragenhaben für Arbeit und Vergütung sich verbinden, das übermächtig auch hier die verletzten und kranken Arbeiter zu Tage schafft, daß nicht einmal genügend Morde in der Grube sind, die Arbeiter daher ihre Notdurft in den Streden verrichten — wie verhält sich das alles mit der lärmenden geräuschten Wohlthätigkeit?? Auf den Werken, von denen mir Auskunft erhalten, fehlen diese einfachsten Erfordernisse zu einer fachgemäßen Körperpflege für die Arbeiter. Millionen von Mark verteilt die Bergerschaft an Ueberstößen. Sagen denn da nicht einige Tausend daran für wirkliche Wohlfahrtsmaßnahmen? Die Tatsache, daß die millionenreiche Mansfelder Bergerschaft nicht einmal diejenigen sanitären Vorrichtungen besitzt, die viele weit, weit schlechter gestellte Werken und Hütten schon den Arbeitern zur Verfügung stellen, spricht diese Hände von der Arbeiterwohlthätigkeit der Mansfelder Werke. Wir sind verpflichtet, darauf hinzuweisen und der Öffentlichkeit reinen Wein über die vielgelobte Mansfelder Bergerschaft einzuschütten. Wo solche Ueberstöße gemacht werden, wie dort, da hat der Arbeiter mindestens ein Anrecht auf entsprechende Entlohnung und auf gesundheitlichen zeitweiligen Schutz. Was die Bergbehörde in den anderen Werken vorbricht bezüglich Wohlfahrtsanstalten, Tragsbahnen, Wobnen zc., dies muß sie auch der reich Mansfelder Bergerschaft auferlegen.

Wenn vielleicht aus der Arbeiterzeitung selbst solche Forderungen noch nicht laut wurden — was wir im Augenblick nicht wissen — so ist das nur zu erklärlich. Die Arbeiter fürchten sich, auch nur den Mund aufzutun zum Wähligen, geschweige denn zu fordern. Unsere Fragebogen erzählen uns von Strafen in Höhe von 1-2 Mark für ganz unglückliche Missethäter. "Die Spionage" heißt es an einer Stelle, "ist so groß, daß der Vater dem Sohn oft nicht traut". Sind das nicht haarsträubende, unmündige Verhältnisse, die eine völlige Demoralisation der Arbeiter im Gesolge haben müssen, wenn sie nicht abgestellt werden? Also das ist die echte deutsche Knappenteure, von der der Wortführer der Mansfelder Bergerschaft, Herr Arndt, im Reichstage so schwingend zu erzählen weiß. Spionage sogar in der Familie! — fürwahr, ein herrliches Ergebnis kapitalistischer Arbeitererziehung. Daß die Arbeiter dies tragen, ist jedenfalls das Wunderbarste an dem prachtvollen Wohl in Mansfeld. Ob aber auch hier nicht plötzlich das Maß überläuft?

Die Strafen liegen in eine besondere Klasse. Da wird uns nun von Föhrung und vom Kreislenienten geschrieben, die Strafgerichte würden zur Föhrung der Weisheit und Bekenntnisse der Beamten verwendet! Wenn das wahr ist, so spräche ein solches Verfahren nach unserem Empfinden aller Gerechtigkeitohn. Im Ruhrgebiet z. B. erhalten die Arbeiter aus dem Zehntenentlohnung Gehälter in Nalassen. Vorkauf ergibt uns unglücklich, daß im Mansfeldischen von den Strafgerichten der Arbeiter die Beamten-Angewählten den Unterstellungen erhalten. Daher eruchen wir die Beteiligten, hierin Aufklärung zu schaffen, da in der That die Arbeiter der Ansicht sind, ihre Strafgerichte dienen zu Beamtenbeföhlen. — Von den anderen Werken wird uns berichtet, die Strafgerichte fanden Verwendung für — Freibeitler! Auch eine schöne Gegend. — Dies trifft, können wir natürlich auch nicht mit Bewußtsein hoffen, daß die Behörde unsere Fragen sachgemäß beantwortet.

Wenn alles anders werden soll im Mansfeldischen, dann müssen die Arbeiter sich röhren. Klagen, Schimpfen, Bitten, hilft nichts, sei einig und mutig, Kameraden, nur das befreit euch von euren Fesseln.

Gerichtssaal.

Ferien-Strafammer.

Salle a. S., 4. August.

Die eigene Frau willentlich fälsch wegen Diebstahls angesetzt zu haben, wurde beculich der 23jährige Schloffer Karl Knabe von hier, Er lebte zur Zeit von seiner Frau getrennt, hatte sich über deren Verhalten gewundert und fand deshalb am 10. Oktober v. J. an die Polizeiverwaltung eine Volkstare, worauf er erludete, die Polizei möchte hoch die Saden — eine rote Bluse und eine grüne Toppe — beschlagnahmen, die Frau Knabe in der Landwirtschastlichen Ausstellung, "gemaß" habe. Die Frau Knabe war geschäftig und schmeigend, in der Beratung gehandelt zu haben. Er habe seiner Frau ein einmal eine Blomage bereiten wollen, weil ihm diese schon öfter Blomagen bereitet habe. Um übrigen sei er nun mit seiner Frau wieder zusammengegangen. Diesen Umstand möge der Gerichtshof berücksichtigen und eine "geringe" Strafe verhängen. Das Urteil lautete demnach auf die gewöhnliche Gefängnisstrafe von 1 Monat Gefängnis und Subsistenzbedürfnis für die Beleidigte.

Messelecker. Der bisher unbefratete Dienstknecht Jozas Luthenia war wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Gelegentlich eines am Abend des 15. Juni in Aurdorf bei Scheiditz stattgehabten Zusammengehens geriet der Angeklagte mit dem Dienstknecht Schneider in Streit. U. trat den Geh. auf die Hüfte und rannte dabei ein Mädchen an, worauf ein Wortwechsell entstand. Auf dem Nachhausewege drohte Luthenia, diejenige, die ihm zu nahe kommen würden, mit dem Messer in den "Wants" zu heden. Darauf ging Geh. auf U. zu, gab demselben eine Ohrfeige und U. verzog dem Ges. drei Schläge in Hals und Schulter. Der Verletzte wurde ärztlich behandelt, war 14 Tage arbeitsunfähig, hat aber sonst keine nachteiligen Folgen gehabt. Der Angeklagte behauptet, damals betrunken gewesen zu sein. Schon nachmittags, als er einen Parier nach dem Wirtshaus in Wölsau gesehen, habe er gerannt, und abends bei dem Zusammengehens habe er noch mehr Alkohol zu sich genommen. Vor der That hatte der Angeklagte schon Wirt gemacht, weshalb auch Anklage wegen Ungehors erhoben worden war. Der Staatsanwalt beantragte wegen der rohen Wundwunden ein Jahr Gefängnis und wegen der Körperverletzung eine Zwangsbewahrung, Das Gericht sprach den Angeklagten aber von der Körperverletzung frei und erkannte wegen der Körperverletzung auf ein Jahr Gefängnis.

Litteratur.

Der Söddeutsche Wochillon feiert in der 16. Nummer das Andenken an den 23. März 1848, eines der dunkelsten Vorkämpfer der Natur. Wie ein fahrender Sönger der alten Zeit ging er durchs Leben, immer arm wie ein Strichmann, aber von unerschütterlichem Gern, sagt Ernst Klar in seinem vortrefflichen Nachruf. Dielem ziern ein Bildnis Wittichs, sein Löhnterren Bildle auf dem Kreuze. Auch der Schelm von Bremen lingt, dem treuesten Arbeiter der Menschheit, einen seiner vorzüglichsten Erben. Das merkwürdige bieter der Wochillon von Manrich Wittich selbst: "Eine Stimme aus dem Grabe", Das "Jehentret", "Weihnachten" und anderes. Die Bilder sind illustrierte politische Satiren: Der Redegeneral und Jnan, der Bildhauer, femer eine lustige Variation von J. Stöhler auf Die Dummheit werden nicht alle

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Reform des Bestattungswesens.

Anlässlich der Schiffskatastrophe bei Hamburg haben Massenbestattungen stattgefunden müssen, die unteren Hamburger Behörden Gelegenheit geben, erneut die Gründe hervorzuheben, die für unsere Forderung an Unentgeltlichkeit der Totenbestattung sprechen. Dem Artikel entnehmen wir folgende Ausführungen:

Für diese Forderung lassen sich eine ganze Reihe gewisssamer und durchschlagender Gründe geltend machen. Sie gründet sich auf prinzipielle Erwägungen, denen nicht widerprochen werden kann ohne Verletzung fundamentaler Gebote der Vernunft, der Humanität und Gerechtigkeit. Der Zwang, Bestattungskosten zu zahlen, erklärt sich nur aus dem auch in so vielen anderen Fällen noch wieder die Gebote verstoßenden Rechtsinstitut, das aus der Ständes- und Klassenherrschaft heraus sich entwickelt hat. Aus dem römischen Recht ist in das gemeine deutsche Recht die Bestimmung übergegangen, dass die Bestattungskosten zunächst als eine Last der Erbschaft gelten, durch welche diese eine Verminderung erfährt, d. h. sie müssen von dem Erben des Verstorbenen getragen werden, ausnahmsweise von dem, der eine Person zu ernähren verpflichtet ist, so vom Vornehmten für die Frau und vom Vater für das unter seiner Gewalt stehende Kind. Ist niemand vorhanden, auf den sich eine Verpflichtung ruht, oder ist der Verpflichtete seiner Armut wegen nicht in der Lage, die Kosten zu tragen, so hat die Armenverwaltung einzutreten. Der § 28 des Reichsgesetzes, betr. die Unterhaltungsspflicht, schließt die Verpflichtung des Armenverbandes in sich, dem Hilfsbedürftigen „im Falle seines Ablebens ein angemessenes Begräbnis zu gewähren“, aber mit der Maßgabe der Geltendmachung des Anspruches auf Unterstützung der hierfür aufzubringenden Kosten an die Bestattungskosten. Außerdem werden die Bestattungskosten bei entliegendem Konkurs Vorzugsrecht, indem sie zu den absolut privilegierten Forderungen gerechnet werden.

Auch das am 1. Januar in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich regelt die Pflicht der Zahlung der Bestattungskosten im Rahmen des Erbes als eine Nachlassverbindlichkeit. Nach § 1908 des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat der Erbe die Kosten der ständesgemäßen Beerdigung der Erblasser zu tragen. Ist jemand nicht im Stande, die Bestattungskosten zu zahlen, muß die öffentliche Armenverwaltung die Beerdigung besorgen, so gilt das als öffentliche Armenunterstützung, die für die Hinterbliebenen des Toten, dem sie gewährt wird, nach sich zieht eines der politischen Rechte des Zahlers, nämlich die Wahl. Es wird dadurch mit dem Verdrachser auf gleiche Stufe gestellt, dem gerichtlich Urteil die bürgerlichen Ehrenrechte absperrt.

Das sind, wie gesagt, Konsequenzen der Ständes- und Klassenherrschaft, unter welcher unter ganz politisches, soziales und wirtschaftliches Leben steht. Erworbenes Recht, das Recht der Bestattung, ist der theoretische Ausdruck, die sogenannte „moralische“ Festlegung dieser Herrschaft. Auf allen Gebieten des Lebens macht „von Rechts wegen“ der Ständes- und Klassenunterschied oft in empörender Weise sich geltend. Ihn zu überwinden, die Bedürfnisse privilegierter Interessen zu beseitigen, ist das Ziel des demokratischen Sozialismus. Der Anfang dazu muß auf dem Boden der bestehenden Ordnung gemacht werden, da eine neue, der Gerechtigkeit und Humanität mehr entsprechende Ordnung nicht ohne weiteres für und fertig an die Stelle ersterer gesetzt werden kann, vielmehr sich organisch entwickeln muß.

Zu diesem Anfang müßte man inwieweit die Verwirklichung unserer Forderung „unentgeltliche Totenbestattung“ zählen. Aber auch völlig losgerissen von dieser Erwägung, durchaus nur an sich betrachtet, erscheint sie als eine solche, die zu unterliegen keine menschliche Freiheit gibt. Mühe unter den Lebenden noch so scharf der Ständes- und Klassenunterschied, der Interessen-Gegegnung und -Kampf in die Erscheinung treten, so sollte es doch wenigstens da, wo es sich um den natürlichen Tribut an den Schicksalstod handelt, einen Unterschied zwischen reich und arm nicht mehr geben. Das Gemeinwesen hat für alle ohne Unterschied die Verpflichtung gleicher Bestattung zu übernehmen. Erbverfallenen Toten und Soldaten, die von Gott läßt sich ebensolche Bestattung nicht versagt sein, wie von reiner Menschlichkeit und geübter Vernunft, mag es schmeicheln, selbst den Tod noch als Anlass zu nehmen, in widerwärtigem Bruch das Verrecht des Bestandes gegenüber der Armut zur Geltung zu bringen. Gefunde Ethik wendet sich davon ab. Einfaches, aber anständiges Begräbnis für jeden!

Das heutige Begräbniswesen mit seinem Zwang zur Beschaffung der Totenbestattung, mit seinem Kultus des Klassenhochmuts auf der einen, und seiner Illustration des Klassenelends auf der anderen Seite, ist geradezu eine Verhöhnung der hauptsächlichsten Grundlehren des Christentums. Nach diesen Lehren ist der Tod die Erlösung vom irdischen Jammer, der der Eingang ins „bessere Jenseits“, in das „Reich Gottes“, wo es „kein Weinen der Weinen“, weder „Klein noch Großes, weder Arme noch Reiche“ geben soll. Welche enorme Verdächtig, wenn lebende Erben den Toten, der im Leben durch Ungerechtigkeit, Genußlosigkeit, Viehlosigkeit aller Art Schicksal gelitten hat, ein prunkendes Begräbnis verschaffen und ihn noch auf dem Friedhofe an die „Rechte des Eigentums“ durch künstlichen Erwerb der Grabstätte, pro Quadratfuß so und so viel, festsetzt. Bei so vielen Begräbnissen fällt der dabei aufzubringende Wapp nicht der Erlangung des Toten sondern lediglich der Befriedigung verächtlicher Großtuerer vor der Welt!

Es giebt Gegenden in Deutschland, wo man — echt „christlich!“ — zuweilen Krutzgräber zum Tragen vor der Wiege hat, ein höchst einfaches, abgenutztes und schüdiges und ein prunkendes. Der letztere benutzt wissen will, zählt etliche Mark mehr. Dazu die verschiedensten bemerkewürdigen, teilweise geistlichen Funktionen, Einsegnung, Leichenpredigt usw. Und weiter: ein oft maßlos niedriges und rücksichtsloses privat-geschäftliches Treiben. Gegen onfährliche Bestattungsgehälter ist, so lange wir die unentgeltliche Totenbestattung nicht haben, nichts einzuwenden; sie können als eine Erleichterung, mitunter selbst als eine Wohlthat empfunden werden. Aber widerwärtig, verlezend, oft geradezu empörend ist die wilde Konkurrenz, das Bedrängen der Hinterbliebenen mit Bestattungsangeboten, das Feilschen und das Schachern.

Es ist eine sowohl unter humanitären als unter hygienischen und rechtlichen Gesichtspunkten zu betrachtende Pflicht des gemeinen Wehens, die Toten zu bestatten. Das dem unentgeltlich geschieht, darauf erweist der Lebende, zumal wenn er seinen Pflichten gegen Familie, Gemeinde und Staat genügt, ein unabweisbares natürliches Recht.

Aus der unentgeltlichen Totenbestattung ergibt sich logisch die Pflicht des gemeinen Wehens, die Grabstätten zu pflegen und zu unterhalten, unbeschadet des Rechtes der Angehörigen und Freunde des Verstorbenen, innerhalb gewisser Grenzen pietätvoll das Irige zu dieser Pflege und Unterhaltung freiwillig beizutragen.

Es erzeugt ein niederwürdiges Gefühl, beobachten zu müssen, daß nicht selten von den Gaben, welche Mithdätigkeit den Hinterbliebenen zugewendet hat, erhebliche Summen dazu dienen müssen, das Begräbnis zu betreiben, dem Privatgeschäft und dem fiktiven Tribut zu entrichten.

Als weiteres Ziel des Bestattungswehens ist die Feuerbestattung ins Auge zu fassen, die für die Gemeinde von großer hygienischer und wirtschaftlicher Bedeutung ist.

Die bereits einige Jahrzehnte hindurch von weiten Kreisen angelegter Menschen angebrachte befristete Lösung dieser an Ernst und Bedeutung stetig zunehmenden Frage wird erheblich dadurch erschwert, daß in kirchlichen Kreisen katholischer und protestantischer Richtung, im Bunde mit reaktionären Staatsgewalten sich ihr entschiedenes Widerlegen, und zwar unter Berufung auf sogenannte „religiöse“ Aufschauungen, auf theologischen Dogmen, welche lehren, daß das Fleisch zerlegbar müße, damit es „wieder auferstehen“ könne am Tage des „jüngsten Gerichts“.

Unter dem Zwange außerordentlicher Verhältnisse ist selbst die Kirche genötigt, dieses Dogma preiszugeben. Auf Martinique hat vor wenig Wochen die katholische Geistlichkeit nicht umhin gekonnt, sich an der Feuerbestattung der Zeitgenossen von Dieren der vulkanischen Katastrophe, die zu begraben eine Unmöglichkeit war, zu entschließen.

Für die Feuerbestattung sprechen eine ganze Reihe der gewichtigsten Gründe, die mit religiösen Gefühlen und theologischen Lehren auf die Dauer nicht erfolgreich zu bekämpfen sind. Ganz hat die Erkenntnis Platz gegriffen, daß die Kirchhöfe mit ihren modernen Leichen eine gesundheitlich-nachteiligen Einfluss ausüben. Sie verdrängen den Boden. Deshalb hat man schon vor anderthalbhundert Jahren angefangen, die Beerdigung von Leichen innerhalb der bebauten Teile der Städte gesehlich zu verbieten. Ein solches Verbot enthält auch das Allgemeine Landrecht (§ 184 Teil II 1. Teil). Es unterliegt keinem Zweifel, daß begrabene Leichen die Gesundheit der Lebenden gefährden, und zwar unter Umständen in recht erheblichem Maße.

Die nationalökonomische Seite der Frage ist damit gegeben, daß durch die Anlage von Friedhöfen für die Erdbestattung ein ungeheurer Mann sowohl der Agrarkultur wie dem Wohnungsbedarf entzogen wird. Namentlich in großen Städten, in deren Umgebung der Grund und Boden als Spekulations- und Wucherobjekt sehr teuer ist, kommen die ökonomischen Gründe, damit aber auch zugleich soziale in Betracht. Im Jahre 1882 richtete der Berliner Magistrat zu gunsten der Einführung der Feuerbestattung an den Minister des Innern eine Denkschrift, in der es heißt:

„Die Anlage der Kirchhöfe macht außerordentliche Kosten und kann nur mit den größten Schwierigkeiten bewirkt werden. Kirchhöfe sind das letzte Land und überflüssig in seinem Bereich hinsichtlich des Baugrundes. Die ungeheuren finanziellen Opfer, welche die Befestigung von Friedhöfen erfordert, würden der Stadt Berlin erspart bleiben, wenn die Feuerbestattung erlaubt würde. Die Kosten der Bestattung würden sich auf ein Minimum reduzieren.“

Nicht nur erlaubt, nicht fatalität — wie sie es in Hamburg, in Gotha, Baden und Neffen ist —, sondern obligatorisch muß die Feuerbestattung sein. Aber es würde zunächst auch schon damit ein erheblicher Fortschritt erzielt werden, wenn man die fatalistische Feuerbestattung gleichwie die Erdbestattung unentgeltlich gewährte.

Bericht

über die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Der Zolltarif.

Als der Reichstag zusammentrat, fand er endlich den langemotarten Entwurf eines Zolltarifgesetzes vor. Die weitmas wichtigste seiner Vorlagen, entscheidend für die Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands.

Dieser Entwurf entpand den schlimmsten Befürchtungen der Arbeiterklasse. Er zeigte, wie groß der Einfluss des fremden, isolierten Ausbenters war. Ein Lohn auf alle soziale Politik, ermas sich dieser Entwurf als ein Widerspruch im buchstäblichen Sinne des Wortes. Durch Erhöhung und Erweiterung der ohnehin im Deutschland bestehenden Zollmaße mit dieser Lari die millionenteufelge Konsumenteinfälle in erster Linie das Proletariat — welches einer Klasse von Ausbentern überließ, die uns hier in der Gestalt eines verächtlichen Junkertums, dort in der beutungsreicher Industriekritter entgegenritt. Nirgends hat in neuerer Zeit der Klassenhaß sich härter zum Ausdruck gebracht als hier, und ebenso hat nie eine Regierungsmehrheit dem Proletariat sinnfälliger die Notwendigkeit der Erhebung der politischen Macht zum Bewusstsein gebracht als dieser Zolltarif.

Es trat sich, daß die Regierung der Zolltarif zu einer Zeit vorlegte, da über das deutsche Proletariat die schwersten Stürme der wirtschaftlichen Krise hinwegbrausen. Weit über eine halbe Million Arbeitsloser langerte frerend die agrarischen und industriellen Interessentkulturen das öffentliche moralische Empfinden verunreinigt hat. Hunderttausende verweifelnder Väter und Mütter wußten nicht, woher der Not nehmen, um die hungrieren Mäuler ihrer Kinder zu füllen oder Kleider zu beschaffen, um ihre Wägen zu bedecken. Wenn trotzdem die Kämpfer der Arbeiterklasse sich dem Proletariat mit großen Geizditz die Wacher des Zolltarif beschuldigten, die „dringenden Forderungen der Landwirtschaft“ nur in einem „ganz ungenügenden Maße“ erfüllt zu haben und deshalb den Zolltarif für „unannehmbar“ erklärten, so zeigt solcher wohl fast beispiellose Vorgehen, wie die jahrelange kollektive Bestehen der agrarischen und industriellen Interessentkulturen das öffentliche moralische Empfinden verunreinigt hat.

Als schließlich die Regierung zur Begründung des Tarifgesetzes vor den Reichstag trat, waren die Neben von der Ministerrede, welche dem Entwurf des Zolltarifgesetzes gegeben war. Man erlebte das Schauspiel, wie die Regierung, welche gegenüber den Forderungen der Arbeiter fast immer kräftig „Nein“ zu sagen weis, vor den Agrariern förmlich im Entschuldigungs bittet, weil sie ihrer, alle Klasse überlebenden Vorurteil nicht noch größere Willkürmaßregeln mache. Gerade die Reichstagsfraktion, welche auf der Straße bei der Beprechung unserer Reichstagsfraktion

verlollte, bei welcher es sich um die Not der Proletariat handelte, ließ sich, sand beneigte Worte für die „schmerzte Vage“ in die deutsche Landwirtschaft. Und nach der Rede des Reichstagslers vollzog sich an den neuen Tagen der ersten Sitzung des Reichstags eine Parade der Greuelichen bei welcher überdies jede deutsche Einzelregierung von der Bundesratsseite des Reichstags dem preussischen Junkertum und seinen Verbündeten die Kontinenz machte. Auf die Schwärze der Regierungsmehrheit traupte das Junkertum mit Spott und Drohungen. Wie seine Verfahren das „Auswachen“ der Dörfer als rituelles Recht betrachteten, so betrachteten sie auf dem gründlichen „Auswachen“ des arbeitenden Volkes, von welchem sie sich dieses Mal durch Verpöndungen und Verwünschungen nicht abhalten lassen wollten. Den feindlichen Ministern wurde von den Junkerlichen Rednern abwärts und bald die hohle Hand, bald die volle Faust vorgehalten. Und aus allen Teilen der Ausbentermehrheit des Reichstags sprangen den Junkern Helfershelfer bei. In dem Zolltarif erscheinen die einzelnen Fraktionen der Reichstagsmehrheit, bis zur Nationalliberalen hinüber, förmlich als Hülfen des Bundes der Verräter. Hier es nun weiter kein Wunder, daß der hochschützillnerische Beizuge auf die Leiden der armen Leute von den reichlich-verwälfchten Schlotbaronen, der national-polnischen Ladaia bis herunter zu den Antikseniten und Junkern unterliegt wurde, so mügte das Volk, welches sich durch einen feindlichen Reichstag, der sich vergrößerte bei dieser Gelegenheit selbst auf die gemuteten Kräfte und Bisse, mit denen es in den letzten Jahren jeden Volkserrat noch so unwillig ludete.

Mit einer Schamlosigkeit ohnehin gleich ist sich offen auf die Seite der Verräterer. Was ihm, das sich unter den Junkerlichen Reichstagsmehrheit seinen Namen bedient, die von der Erhöhung der Agrarsteuern nicht losgerettete Vorteile sondern direkten Nachteil haben, was ihm, das das Zentrum seine parlamentarische Stärke den Massen katholischer Industriearbeiter verdankt, aus deren Leiden die Notlagen genommen werden sollen, die sich für die Junker zu Wüchermüllern amittieren und das Zentrum für sich selbst erhalten. Das vom Zentrum bei den Wahlen und im Reichstage so salbungsvoll im Munde geführte Christentum ermas sich hier als der idene Topf, welcher zerbrach, als er mit dem eigenem der kapitalistischen Ausbentersinteressen zusammenstieß. Wenn das Zentrum durch einen feindlichen Reichstag, der die Erträge des Reiches als ein Wohlhabens-Gewinnungen für die Arbeiter, z. B. Witwen- und Waisenversicherung, verwenden, so war das nur ein zweifacher Knüttel in die alten Notstandsgründe. Schließlich muß auch der letzte wohlhabende Arbeiter leben, wie infam er gewandelt ist, wenn er seine Witwe und seine Kinder nicht mehr durch die vererbte Lebensmittel zu erhalten und hernach aus dem Wucherobjekt ein Almosen zurückbekommt. Bösartiger war es schon, als das Zentrum durch einen andern Redner verstanden ließ, der deutsche Parlamentarismus werde im Ortus verwinden, wenn es der Substitutionsfähigkeit der Junker gelingen sollte, den Wucherobjekt zu erhalten. Das war nur eine Lichterung für die damals und auch heute noch achtete Ablicht des Zentrums, die parlamentarischen Rechte der Wucherer zu frangulieren, um dem verübenden Junkertum seinen Wucherobjekt zu verhoffen.

Inmitten dieses widerwärtigen Zeitläufs um die Saat des Parlamentarismus vertrat die Fraktion im Reichstag und Bund der Arbeiter ihre Interessen. Ihre Redner erwiderten auf die Anlagen der ostelblichen Junker über die Unrentabilität ihres landwirtschaftlichen Großbetriebes, daß dort, wo sie befragt werde, neben den bekannten Gründen auch vielfach die miserable Beschäftigung und Behandlung der Landarbeiter mit die Ursache der Unrentabilität sei. Diese ernannte Arbeiter sich so, wenn eben weniger leistungsfähig als andere, die Notlage des Kleinbauern sei eine Folge der kapitalistischen Entwicklung, die bewirkt habe, daß der Großgrundbesitzer dem Kleinbauern den Markt wegnahme. Wenn wir nicht dulden wollten, daß die Junker in Grund und Boden ausgebeutet würden, so mußten wir 250000 Großgrundbesitzern, so viele wir andrerorts in Besitz bereit, Mittel zu bewilligen zur Verbesserung der Lage der kleinen Landwirte und namentlich der Landarbeiter. Eingegen werden wir niemals zulassen, daß jenen abligen Groß-Agrarierum, welches allein den Vorteil aus dem Zolltarif habe, unter dem Namen der Reichstagsfraktion, der „Landarbeit“, einseitig Willkürmaßregeln in die Lände gesteckt werden.

Weiter kennzeichneten unsere Redner den Zolltarif dahin, daß die Hochschützillner der Landwirtschaft und die Hochschützillner der Industrie sich gegenständig Geheide bemittigten, die aus den Leiden der Arbeiter genommen würden, und wobei man die Arbeiter mit der Wore abspalte, daß mit hohen Preisen guter Getreide, Wein und Land gebe. Diese ernannte Arbeiter sich so, wenn eben weniger leistungsfähig als andere, die Notlage des Kleinbauern sei eine Folge der kapitalistischen Entwicklung, die bewirkt habe, daß der Großgrundbesitzer dem Kleinbauern den Markt wegnahme. Wenn wir nicht dulden wollten, daß die Junker in Grund und Boden ausgebeutet würden, so mußten wir 250000 Großgrundbesitzern, so viele wir andrerorts in Besitz bereit, Mittel zu bewilligen zur Verbesserung der Lage der kleinen Landwirte und namentlich der Landarbeiter. Eingegen werden wir niemals zulassen, daß jenen abligen Groß-Agrarierum, welches allein den Vorteil aus dem Zolltarif habe, unter dem Namen der Reichstagsfraktion, der „Landarbeit“, einseitig Willkürmaßregeln in die Lände gesteckt werden.

Auch das parlamentarische Verhalten der Bundeiparteien, ihre verlogene Argumentation, ihre nichtigen Angriffe auf unsere Partei, mit denen sie die Schwärze ihrer Politik zu verdecken trachteten, fanden eine würdige Antwort. Auf die reaktionäre Reichstagsmehrheit hat sich in der jahrelangen Schandermacherei um den Profit der herrschenden Klassen ein zu tiefes Hell wachsen lassen, als daß sie auf den ersten Angriff eine Beute ziehen ließe, die sie sich sicher in den Jähnen zu haben glaubt. Sie schimpft und tobt, sie lacht und höhnt, um schließlich von ihren politischen Machtmitteln gegenüber der Arbeiterklasse rücksichtslos Gebrauch zu machen. Wie diese Reichstagsmehrheit über das Volk des Volkes denkt, charakterisierte wir ein großes Schandstück jener Junkerherrschaft von den Bänken der Junker, als einer unserer Redner die rührende Gendegeschichte eines hilflosen Proletariers schilderte: „Der Vater hat vielleicht alles vertrieben!“

Am neunten Beratungstage wurde der Zolltarif an die Kommission verwiesen. Da die Beratungen dieser Kommission zur Zeit der Erhaltung des Reichstags nicht beendet sind, ercheint ein Eingehen auf die bisherigen Kommissionsbeschlüsse unmöglich. Die Kommission hat sich mit dem einseitigen Vorgehen der hochschützillnerischen Beirathungen unermüdlich, planmäßig Widerstand entgegenge. Wir sind dabei gumeist auf unsere eigene Kraft angewiesen. Die Wehrkraft der Kommission geht in ihren Gefühlen auf Erhöhung der Zollmaße weit über das hinaus, was die Regierung in ihren Entwürfen beabsichtigt. Die Überzeugung der Bevölkerung der Verhehlung des Volkes und die Verleumdung aller seiner Gefühlsbedingungen ist heute größer als es bei der Einbringung des Zolltarif den Anschein hatte. Aber die sozialdemokratische Fraktion ist gewillt, die Bundeiparteien zu schanden zu machen und sei die Haltung der Reichstagsmehrheit so farsch.

Reichshaushaltsetat für das Jahr 1902.

Der Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1902 (1. April 1902 bis 31. März 1903) beläuft sich in

Einnahmen und Ausgaben
auf 2 308 185 115 M., nämlich
• 1 971 527 823 M. an fortwährenden,
• 180 560 473 M. an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats, und
• 151 094 819 M. an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats.

Siehe unten ein Nachtrag-Stat. von 1 800 000 M. (Zuschüsse zum Disziplinärfonds des Reiches zu Gnadenbewilligungen aller Art - Pensionszuschüsse und Unterhaltungen, im Haushalts-Stat der Schutzgebiete mit 37 402 496 M., so daß im ganzen die etatsmäßigen Ausgaben

2 341 885 611 M.
betragen, von welchen 113 200 439 M. durch Anleihen zu decken sind.

Auf die einzelnen Posten verteilen sich die Ausgaben und Einnahmen des Stats für 1902 in folgender Weise:

Fortwährende Ausgaben: — — M.

Bundesrat	750 260
Reichstag	241 630
Reichsminister und Reichsanwalt	13 941 652
Reichsamt des Innern	59 852 829
Verwaltung des Reichsheeres	568 473 624
Verwaltung der Marine	522 647
Reichs-Militärgericht	86 113 589
Reichs-Justizverwaltung	2 143 774
Reichs-Schatzamt	564 248 000
Reichs-Eisenbahnamt	397 730
Reichsschuld	93 654 100
Rechnungshof	400 000
Allgemeiner Pensionsfonds	74 494 701
Reichs-Zentralfonds	46 305 017
Post- und Telegraphenverwaltung	387 027 539
Reichsdrucker	5 990 531
Eisenbahnverwaltung	65 636 800

Summe der fortwährenden Ausgaben 1 971 527 823 M.

Einmalige Ausgaben.
a) Ordentlicher Etat. — — M.

Reichstag	22 620 521
Reichsamt des Innern	2 758 000
Post- und Telegraphenverwaltung	12 976 653
Reichsdrucker	480 000
Verwaltung des Reichsheeres	55 724 181
Reichsmilitärgericht	—
Verwaltung der Marine	79 778 550
Reichschatzamt	15 000
Reichsschuld	—
Rechnungshof	400 000
Eisenbahnverwaltung	3 958 000
Schleierbahn	1 842 568

Summe a) 180 560 473 M.

b) Außerordentlicher Etat. — — M.

Reichsamt des Innern	4 000 000
Post- und Telegraphenverwaltung	20 354 000
Verwaltung des Reichsheeres	29 528 995
Verwaltung der Marine	50 346 000
Eisenbahnverwaltung	13 620 000
Expedition nach Dithmarschen	39 254 842

Summe b) 151 094 819 M.
Summe der einmaligen Ausgaben 331 655 292 M.
fortwährende 1 971 527 823 M.
Dazu: Nachtragsetat 1 300 000 M.
Etat der Schutzgebiete 37 402 496 M.
Insgesamt 2 341 885 611 M.

Einnahmen.

Röhre und Verbrauchssteuern	819 088 600
Reichs-Eisenbahn	4 948 000
Post- und Telegraphenverwaltung	440 620 130
Reichsdrucker	8 107 000
Eisenbahnverwaltung	80 785 500
Bankzinsen	18 420 200
Verchiedene Verwaltungseinnahmen	37 672 000
Aus dem Reichsinsolventenfonds	40 805 017
Ausleihungsbeträge	16 838 877
Matrularbeiträge	580 639 792
Außerordentliche Deckungsmittel	2 192 085 296

Summe der Einnahmen 2 308 185 115 M.
Dazu: Nachtragsetat 1 300 000 M.
Etat der Schutzgebiete 37 402 496 M.
Insgesamt 2 341 885 611 M.

Die Staatserträge.

Die Folgen der schlimmsten Wirtschaftskrise zeigen sich für das Reich in einer Verfallenerde seiner Finanzlage. Von dem Rückgang der Einnahmen waren alle Gebiete der Reichsfinanz betroffen. Die Reichsregierung, die in den Jahren des Aufschwungs in ihrer Finanzpolitik eine Überfälligkeit zur Schau getragen hatte, als würden in Zukunft die Reichseinnahmen sich immer in ausreichender Menge bewegen, ließ jetzt durch den Mund des Staatssekretärs im Reichsamt die erste Staatserträge einleiten mit einem langen Klagelied über die schlechte Finanzlage. Allerdings kam die Regierung mit Zug und Recht sagen, daß sie den Karren der Reichsfinanz nicht allein in den Sumpf geführt hat, in welchem er nun liegt. Die bürgerliche Reichsregierung hat sich aber nicht um das Zentrum des Reichs bemüht, sondern die ausschweifendsten Wünsche der Militär-, Marine- und Weltpolitik sind mit ein paar fast bedeutungslosen Mitteln bewilligt worden und wenn man in den guten Jahren die Ausgaben siegelte mit jeder Steigerung der Einnahmen, anfangs in erheblicher, später in noch stärkerer Weise, so sind die vermögenslosen Kuratoren der bürgerlichen Mehrheit an der Finanzkasse des Reichs mindestens ebenso idiosyncrasisch wie die Regierung, die der reaktionäre Bewilligungsdresser zu immer neuen Forderungen aufschloß. Dieser Majorität wachte denn auch das böse Gewissen zu laut, als daß sie eine erhöhte und eingehende Kritik der Reichsfinanzverwaltung der letzten Jahre genast hätte. Mit billigen Nebenbetrüben ließ sie sich vom Herrn der Sache herum. Die Regierung machte es ihr leicht. Bereits am ersten Tage hielt der Reichsminister seine bekannte Grundsatzrede und verkündete die Aufmerksamkeit der immerpolitischen Lage abzuwenden durch den offiziellen Entlassungsbericht über den englischen Kolonialminister Chamberlain wegen dessen angeblicher Beschimpfung der deutschen Armee und durch ein mit feilheitsvolligen Phrasen versehenes Kolleg über den Dreißigsten. Wenn der Verfall der Reichsfinanzpolitik so offensichtlich ist, daß die Spitzen des Reichstags ihn nicht hinter die Reichsfinanzpolitik nicht zu verbergen vermochten, so vermochte die Regierung sich noch weit weniger Vorbeugen in Klampfe gegen den englischen Kolonialminister zu holen. Wenige Tage darauf schraubte der Reichsminister seine patriotische Enttäuschung um einige Zehner zurück und gab dem englischen Militärminister eine Art Generelerklärung aus im englischen Heere gäbe es Männer, die zu sterben verständen.

Unser Fraktion ließ sich nicht erst darauf ein, in der parlamentarischen Wüste der bürgerlichen Parteien eine Nolle mitzuspielen. Ihre Redner unterzogen die Reichsfinanzpolitik der ihr gebührenden Kritik und zeigten, wie jät schon das Reich, um das noch in seinen Grenzen zu flüchten, auf die Verdrängung der Konventionen inspektierte, die sich durch die Erhöhung der Getreidepreise um Millionen summieren sollten. Sie wiesen ferner hin auf den ungläubigen Gleichmut, mit welchem die Regierung jahrelang dem Sinaufreizen der Preise durch die

Spekulation, wie dem ganzen vollen Jahresablat der kapitalistischen Produktionsanarchie zuzurechnen habe, dessen natürliche Folge der Rückgang der Reichsfinanzpolitik war, und die der Partei gegenüber der Arbeiter-Bezugsfrage, die Art, wie sich der Staat selbst an der Verflechtung des Arbeitervertrages beteiligt, so z. B. indem der zünftliche Eisenbahnstaat gleich mit Eintritt der Krise den Arbeitern die Löhne kürzte - dies alles sorgfältig kritisierte. Er wandte sich auch gegen die Partei in Bezug auf die brennendsten politischen Tagesfragen, wobei unter anderem auch ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten sich, ungeachtet der Ernennung des jugendlichen Herrn Spahn zum Professor in Erlangen, als Vorläufer für die bedrohte Freiheit der Wissenschaft aufhielten wollten, mit Recht darauf berufen konnten, wie sich die Partei in Bezug auf die Freiheit der Wissenschaft geäußert habe, als es galt, dem Gen. Dr. Kraus von der Universität wegzumachen und dem Gen. Dr. Konrad Schmidt unmöglich zu machen, als Privatdozent in Leipzig tätig zu sein.

Als unter anderem auch Anwesenheit des Militär- und Marine-Etats, das Vernehmlichen der Militärsowie auch die abenteuerliche Weltpolitik bepruden, ergreifen sie auch die Gelegenheit, eine nochmalige gründliche Abrechnung über den Nachzug nach China vorzunehmen. Es entspricht dem ganzen sonstigen Verhalten der bürgerlichen Parteien während des Chinzuges, daß sie auf die Ausrichtungen unter Redner fast jät gar nichts zu erwidern hatten.

Bei der Beratung des Etats des Reichstags kam es zu einer Kritik des Verhaltens des Bundesrates gegenüber dem Reichstag bei den Verhandlungen über Initiativanträge. Obwohl gerade die Initiativanträge der Parteien die dringlichsten Fragen betreffen, stellt sich ein durch den Bundsrat in den Initiativanträgen gar nichts an. Durch demokratisches Verbleiben der Bundesratsmitglieder wird dem Reichstag gezeigt, daß er in den Augen der Regierung nur in Betracht kommt, wenn es sich um Beratung von Regierungsvorlagen handelt. Unsere Fraktion rigte dies durch ihren Redner in nachdrücklicher Form und zeigte dem Bundsrat, daß die Regierung Initiativanträge: Sicherstellung des Wahlgleichnisses, wie die Regierung Förderung des Reichstags unbedacht läßt. Bei der Beantwortung dieser Rede enthielt sich dem Reichsminister das erheiternde Eingeständnis, die Mitglieder des Bundesrats stimmen im Bundesrat nach Intuitionen ihrer Regierungen, nicht aber häufig gar nicht in der Sache zu, weshalb sich die Stimmen für oder gegen einen Antrag abgeben werden. Diese kleine Offenbarung aus den Mysterien des Bundesrats verdient wohl beachtet zu werden.

Eine schonungslos Abrechnung mit der Regierung über die Reichsfinanzpolitik nahm unter Herrn Spahn bei der Beratung des Reichsamt des Innern die erste Stelle ein. Die Regierung hat uns eine Vorlesung halten zu müssen über die parlamentarische Vertretung der Arbeiterinteressen, welche mit der Objektivität geichehen müße, die notwendig ist, um in gelegentlichen Körperlichkeiten die Wünsche zu fördern. Nach Objektivität streben wir ohne Rücksicht, wenn wir ein Ansehen in der Öffentlichkeit haben, und die veraltete Objektivität bedeutet in diesem Falle nichts anderes als der Wunsch nach einer schonen Kritik, der die Spitzen abgebrochen, die Schären abgekliffen sind. Wir haben keine Urteile, solche Objektivität zu üben. Mit doch gerade die schonungslos Schärfe unserer Kritik zu allen Zeiten der Nation, die wir nicht übersehen, sondern die herrschende Parteien des Klassenstaats zu Zuhoren entgegen haben. Für die Fraktion liegt es gerade ihre schwebenden und wirtschaftlichen Wesen beileide legen, wenn sie im Sinne unserer Gegner „objektiv“ werden wollte. Der Wille an die „Objektivität“ kann uns daher nicht rühren; wir werden auch fernerhin auf einen Schiedman anberathen.

So verhielt sich auch dieses Jahr die Fraktion wieder bei der Kritik der Reichsfinanzpolitik. Unser Generalredner machte zu nächst einen allgemeinen Angriff auf die Sozialpolitik des Reichsamt des Innern. Er führte dem Reichstag den Schrecken der Reichsfinanzpolitik vor Augen, der seinen Grund findet nicht in der Unkenntnis, welche die Regierung über die Lage der arbeitenden Klassen bei uns Sozialpolitik treiben. Sie dort den Unternehmern kein Geld lösen, ihre Machtbefugnisse nicht schmälern, soll dabei aber die Arbeiter zutreiben machen. Während die Arbeiterklasse, gestützt auf ihre Organisationen, machtlos vorwärts bringt, jähling Regierung und herrschende Klassen zu brechen, und die Arbeiter zu brechen, so hat Reichsamt des Innern den Sozialpolitikern aus, sich nicht mehr über die allgemeine Lebenslage der Arbeiter, über Ernährungsverhältnisse und dergleichen in ihren Berichten auszuweisen. Freilich! Solche feilheitsvolle Tatsachen könnten ja von uns zur Begründung des Verlangens nach Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter verwendet werden.

In der Unklarheit der herrschenden Klasse an sozialpolitischen Taten geteilt sich der Einfluß des Klassenbetrugs, den unser Fraktionsredner an einer jumarischen Zusammenkunft der 12 000 Marx-Affäre noch einmal wirkungsvoll demonstrierte. Unser weiteren Fraktionsredner wandten sich absonderlich den einzelnen Schichten der Sozialpolitik zu. Zahlreiche Beispiele der Unterdrückung zeigte sich, wie unzulänglich das Gewissen ist und unter welchen greulichen Mithänden die herrschende Klasse bei uns zu Lande das Proletariat, das ihr doch alle Werte schafft, leiden läßt, ohne auch nur eine Hand zur Abstellung dieser Mithände zu rühren.

Die einzelnen Fraktionsredner zeigten, wie viel auf dem großen Gebiete der Gewerkschaften noch zu thun ist, auf welchem das Interesse der Unternehmern an der ungenügenden Ausübung der gestauten Arbeitskraft dem wirksamen Arbeiterkampf hindernd im Wege liegt. Viel würden die Arbeiter selbst durch ihre Organisationen zu helfen im Stande sein, aber das Koalitionsrecht wird ihnen verweigert und die Arbeiter werden durch die Unterdrückung der Arbeiter, die Maßnahmen und Bestrafungen des Koalitionsrechtes, die Maßnahmen und Bestrafungen des Arbeiterrechts, welche von den Koalitionsrechtes gegenüber dem Unternehmern Gebrauch machen, bedrücken die Arbeiterklasse um so mehr, als das Unternehmern, in seiner Eizid noch möglich qualidier Ausbeutung der Arbeitskraft, fortgesetzt Verträge über die bestehenden Bestimmungen zum Schuge der Arbeiter begehrt. Die Berichte der Gewerbe-Aufsicht enthalten darüber alljährlich eine Fülle von Material. Es würde noch größer und für das sozialistische Aussehen der Arbeiterklasse sein, wenn nicht das Bestreben herrschend, die Berichte der Aufsichtsberechtigten an Wert und Bedeutung zu verlieren. Unsere Redner beklagten sich über die immer mehr hervortretende jumarische Kürze dieser Berichte, die nicht dazu zu sein, die Bibliotheken zu füllen, sondern das Material für die richtige Sozialpolitik zu liefern. Weiter zeigten die Ausführungen unser Redner über den gestiegenen Marinarbeitsstat, die Hindernisse, die Frauenarbeit, die gewerbliche Nacharbeit, Arbeitsamt, Arbeitsstatistik und die zahlreichen anderen Gebiete der Sozialpolitik, wie viel verbleiben noch zu thun übrig bliebe.

Zum Titel **Reichs-Gesundheitsamt** beprad ein Fraktionsmitglied, wie dies schon früher von ihm gechehen ist, die Zustände in den öffentlichen Anstalten. Unser Redner beehrte viel Material bei, welches die Verbesserungsbedürftigkeit dieser Zustände kennzeichnet. Selbst Vertreter bürgerlicher Parteien munkten ihm dabei recht geben und auch der Staatssekretär nannte die Zustände erschütternd, wenn sie sich befinden liegen, welches im übrigen über die Verhältnisse in den Landesregierungen, die Mithänden haben, vielfach ihre Urteile der schlechtesten Bezahlung des Personal. Darüber haben unsere Gewerkschaften Anstalten, denn ein national-liberaler Redner, der Abg. Frankenschulte, begegnete dem Vorwurfe mangelhafter Bezahlung mit dem Einwande, das der höchste Wächter über die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Landesregierungen sei. Unsere Fraktion hat sich ein Verdienst erworben, diese Dinge, denen bisher der Reichstag nie seine Aufmerksamkeit geschenkt hatte, zur Sprache gebracht zu haben. Ist es doch in erster Linie der erkrankte Proletariat, der unter ihnen leidet. Ihm bessere Wege zu verschaffen, ist ein Gebot der einfachsten Menschlichkeit.

Unter Erfolg wird noch größer sein, wenn die Genossenschaft in den einzelnen kommunalen Körperlichkeiten gerade der Frage der öffentlichen Krankenpflege ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden werden.

Soziales.

— **Frauenarbeit in der französischen, belgischen und deutschen Industrie.** Das neueste Heft des Bulletin de l'Office du Travail (offizielles Organ des französischen Handelsministeriums) enthält eine vergleichende Statistik, in welcher für die einzelnen Industrien in den oben bezeichneten Ländern der Anteil der Frauenarbeit festgelegt wird. Die Ziffern beruhen, was Deutschland anlangt, auf der Gewerbezählung von 1895, bezüglich Belgiens auf der Zählung von 1896 bez. Frankreichs auf der Volkszählung von 1896. Danach kommen in der Gesamtindustrie auf je 100 beschäftigte Männer in Deutschland 25, in Belgien 33 und in Frankreich 51 Frauen.

Die starke Beteiligung der Frauenarbeit in Frankreich wird vor allem herbeigeführt durch die Textil- und Bekleidungsindustrie. In diesen Gruppen kommen in Frankreich auf je 100 Männer 256 Frauen, während in Belgien auf dieselben nur 194, in Deutschland nur 114 Frauen entfallen. Auch in der Nahrungsmittelindustrie und in der Metallindustrie ist der Prozentsatz der beschäftigten Frauen in Frankreich eine größere als in den beiden anderen Ländern, in der er genannten ist das Verhältnis Deutschland 15, Belgien 7, Frankreich 22 Prozent, in der letzteren 5 bez. 5 bez. 7 Proz. Dagegen liegt Deutschland in der chemischen und in der keramischen Industrie mit 46 bez. 24 Prozent oben; Belgien beschäftigt in der erleren 25, in der letzteren 18 Proz., Frankreich 40 bez. 18 Prozent.

Vergleichen wir aber die absoluten Zahlen, so stellt sich heraus, daß in Deutschland doch in den meisten Industrien die größten Massen von Frauen beschäftigt sind. So arbeiten z. B. in der deutschen Webgewerkschaft 16 702 Frauen, während in der belgischen nur 10 305 und in der französischen nur 8204 Frauen beschäftigt sind. In der Nahrungsmittelindustrie ist das Verhältnis wie folgt: Deutschland 89 355, Belgien 5618, Frankreich 79 885, chemische Industrie: 140 569 bez. 9659 bez. 45 632, polygraphische Industrie: 34 712 bez. 996 bez. 15 656, Bauinterie: 35 391 bez. 759 bez. 8320, Metallindustrie: 58 195 bez. 6009 bez. 41 236. Der Vorprung Frankreichs beruht, wie schon oben bemerkt, fast lediglich auf der Textil-, Konfektions-, Bekleidungs- und Wäscheindustrie; hier sind die Zahlen wie folgt: Deutschland 1 054 618 (Männer 928 325), Belgien 213 059 (Männer 109 651), Frankreich 1 378 333 (Männer 615 946).

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1901.

Die Gewerkschaftskommission Deutschlands hat eine gründlich durchgearbeitete Statistik über die Größe und Leistungsfähigkeit der ihr angegeschlossen und ihr nahestehenden Gewerkschaften veröffentlicht. Die Statistik umfaßt die Berufs-Gewerkschaften, die allgemeinen Gewerkschaften und die Arbeiter-Bildungsvereine. Die ersteren sind die eigentlichen Träger der Gewerkschaftsbewegung, während die letzteren den verschiedenen Organisationsarten nur zum Teil gewerkschaftliche Aufgaben erfüllen. Die Berufs-Gewerkschaften gliedern sich wieder in drei verschiedene Formen der Organisation: Zentralvereine (32), Landes- oder Lokalvereine (266) und Ortsgruppen (1873). **Deutschland** besitzt 157 gewerkschaftliche Organisationen, die sich auf 90 Berufe verteilen und zusammen 13 672 männliche und 5878 weibliche, insgesamt also 19 550 Mitglieder aufweisen. Die Zahl der eigentlichen gewerkschaftlichen Organisationen ist gegenüber dem Jahre 1899 um 16 gestiegen, die Mitgliederzahl aber um 284 zurückgegangen. Die allgemeinen Gewerkschaften und Arbeiter-Bildungsvereine haben sich im Vergleich zum Jahr zuvor vermehrt, an Mitgliedern aber um 5000 abgenommen, die wohl zum Teil in die eigentlichen Gewerkschaften übergetreten sind. Allgemeine Gewerkschaften wurden im Berichtsjahre 167 mit 1780 Mitgliedern, und Arbeiter-Bildungsvereine 556 mit 28 574 Mitgliedern gezählt.

Während der Mittelberücksichtigung bei den Berufs-Gewerkschaften gegen das Jahr 1899 im ganzen nur ein geringer Teil, weichen einzelne Berufe sehr erhebliche Verluste auf. So ist die Zahl der organisierten Bauarbeiter von 4715 auf 1505, die der Bergarbeiter von 19083 auf 7584, der Handwerker von 1122 auf 780, der Zertarbeiter von 9638 auf 6548, Andre Organisationen machten ebenfalls erhebliche Zugewinne. So stieg die Zahl der organisierten Buchdrucker von 8013 auf 9798, der Eisenbahner von 16 385 auf 25 079, der Eisen- und Metallarbeiter von 14 866 auf 15 561, der Holzarbeiter von 2840 auf 3894, der Schuhmacher von 2445 auf 3434 usw.

Die Massenverhältnisse der Gewerkschaften haben sich im Vergleich zu früheren Jahren bedeutend günstiger gestaltet. Die Einnahmen der gesamten Organisationen betragen im Jahre 1896 985 171,76 Kr., 1899 1 852 440,59 Kr., 1901 2 229 346,21 Kr. — In diesen drei Jahren wurden ausgegeben: für Reise-Unterstützung 25 746,02 Kr., 77 489,92 Kr., 90 601,26 Kr., für Arbeitslosen-Unterstützung 106 580,19 Kr., 286 038,51 Kr., 377 448,59 Kr., für Kranken-, Invaliden- und Altersrenten 10 740,92 Kr., 14 080,33 Kr., 14 380,00 Kr., für Notfall-Unterstützung 12 967,34 Kr., 24 448,01 Kr., 30 382,55 Kr. — Die Streifgebühren, die durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden müßen, ergeben, soweit Angaben darüber vorliegen, für eigene Zwecke 102 418 Kr., für fremde Zwecke 17 822,70 Kr., für Gemeinnützige 13 150,07 Kr. Diese Zahlen ergeben noch nicht die Gesamtsumme dessen, was für Streiks gesammelt resp. ausgegeben wurde, da viele Organisationen hierbei die Ausfuhr verweigerten, und deshalb das mit Rücksicht auf die reaktionären Verhältnisse Deutschlands, die die Gewerkschaften veranlassen, Streikgebühren nur auf Umwegen zu sammeln. Das Bestreben des gesamten Bundes wird zwar nicht durch das Gesetz, wohl aber durch die verbote Bureaucratie verhindert. Um diesen und noch anderen die Gewerkschaftsbewegung hemmenden Uebelständen abzuhelfen, will die Gewerkschaftskommission einen entsprechenden Gesetzentwurf ausarbeiten, der dann von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingereicht wird.

Parteimachtigen.

— **Potenliste der Partei.** In Hamburg ist der alte und bekannte Genosse Wilhelm Haven gestorben. Derselbe hat der Partei seit 1875 angehört und besonders unter dem Sozialienetze verdient sein Gebiet.

Die Kandidatenliste in Westfalen. In der Gazette Nohornica vom 2. August findet sich folgende Erklärung: Die Beschlüsse der Konferenz der politischen Partei in Dabwies am 13. Juli bet. die Aufstellung der Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen in acht politischen oberirdischen Wahlkreisen haben weder den hiesigen deutschen Genossen noch dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie gefallen. Am 11. Juli zur Verfügung mit dem Parteivorstande nach Berlin gesandter Delegierter erklärte nach der Rückkehr am Freitag, den 11. Juli, den hiesigen Genossen, daß Dr. Winter eine Einladung an den Vorstand geschickt habe, daß dieser zur nächsten Konferenz in Westfalen einladet. Ferner erklärte der Delegierter, daß der Vorstand den Wunsch ausgesprochen habe, Dr. Winter zur Konferenz einzuladen. Wegen der Form, in der Dr. Winter die obige Einladung an den Vorstand geschickt hatte und wegen seines gegenwärtigen Standpunktes gegen die sozialistische Organisation des politischen arbeitenden Volkes beschlossen die hiesigen

eines Ortes 1. bis zu 50 Mitglieder 2. bis zu 100 Mitglieder 3. und auf jede weitere 100 Mitglieder je 1 Delegierter mehr gewählt werden. ...

Parteigenossen des Delitsch-Bitterfelder Wahlkreises!

Unterzeichneter beruft hiermit den diesjährigen Kreisstag auf Sonntag, den 31. August 1902, vormittags 11 Uhr nach Delitsch im Gasthof zum Kuckuck ein.

- 1. Bericht des Kreisvertrauensmannes und Neuwahl desselben.
2. Bericht der einzelnen Delegierten.
3. Die Wahlsatzungen 1903. Aufstellung des Kandidaten der Partei.
4. Organisation, Agitation und Presse. Referent zu Punkt 3 und 4: A. Weismann-Salle.
5. Parteitag und Bezirkstag.
6. Verschiedenes.

Parteigenossen! Vereitet die Wahl der Delegierten sofort vor; da im nächsten Jahr die Reichstagswahlen stattfinden, ist es notwendig, daß jeder Ort auf dem Kreisstag vertreten ist. ...

Verwaltungsberichte. Werkzeuge.

Mit den Zuführungen in der Geschäftlichen Maschinenfabrik beschäftigte sich eine vom hiesigen Gewerkschaftsrat einberufene Versammlung, zu welcher Genosse Witt als Vorsitzender erschienen war, welcher die Wünsche in dieser Hinsicht einer sehr scharfen Kritik unterzog. ...

Gründung der Einkaufsvereingung der Konsumvereine des Bezirks Halle und Umgegend.

Nachdem bereits im vergangenen Jahre seitens der Konsumvereine des Bezirkes Halle die Gründung einer Einkaufsvereinigung gelingend herbeigeführt worden war, wurde die Einkaufsvereinigung am Sonntag, den 3. August, im Gaudaer Schützenhaus zu Halle definitiv und mit sofortigen praktischen Erfolgen ins Leben gerufen. ...

Die sich hierauf entziehende Diskussion, welche sich auch sehr eingehend mit der Tagesordnung des bevorstehenden Unter-Verbandsstages befaßte, schloß sich äußerst lebhaft und anregend ab. ...

Von verschiedenen Seiten wurde auch des Brau- und Getreidegenossenschafts in Halle gebauet und den Vereinen zum Abnehmer für ihre Mitglieder warm empfohlen. ...

- 1. Die Konsumvereine unter den sich nahe liegenden Vereinen nach Möglichkeit zu betätigen;
2. Die Vorstandsmittelglieder sind im Interesse der Konsumvereine nicht, wie dies bei verschiedenen Vereinen üblich ist, auf ein sondern auf zwei Jahre zu wählen;
3. zur Ermöglichung einer gründlichen Revision der Vereine und Vermeidung ähnlicher Vorkommnisse, wie sie in Sandersdorf geschehen, ist es notwendig, daß der Verband die Zahl der Revisoren dermaßen erhöht, daß eine Ueberlastung derselben nicht eintritt und eine umfassende und gründliche Revision eines jeden Vereines ermöglicht ist;
4. den Entwurf der Vorgehaltverträge nach dem Handbuch von Oppermann-Kaustner nur zu empfehlen, wenn dieselben

vom praktischen Standpunkt aus einer Revision unterzogen worden sind. ...

In die Kommission zur Leitung der Einkaufsvereinigung wurden die Vorsitzenden der Allgemeinen Konsumvereine in Halle, von den Konsumvereinen Seidenstein, Trotha, Ammendorf und Mittelheim gewählt. ...

Es soll monatlich einmal Vorträge stattfinden, auf welchen die Einkäufe der jeweilig in Frage kommenden Artikel vorgenommen werden sollen. ...

Aus dem Reich.

Köln. Ländlich, sittlich. In einem Orte des störrischen Landstriches haben die jungen Mädchen seit einiger Zeit viel Schlimmes auszuhalten. ...

Frankfurt a. M. Erschossen hat sich der Vontafelreier Friedrich, der seiner Firma im Laufe mehrerer Jahre 30 000 M. unterschlagen hat. ...

Kiel. Ballonunfall. Der Wiener Luftschiffer Strohschneider unternahm mit seinem Begleiter einen Aufstieg. ...

Vermischtes.

* Von der Nordpol-Expedition Waldwins sind Nachrichten in Christiania eingetroffen, welche dem Forscher mitteilen, daß sein Versuch, den Nordpol zu erreichen, mißlungen sei. ...

* Eine Kunstausstellung zu gunsten der Opfer des belagerten Wehrkreises findet am Sonntagabend im Volkshaus zu Büffel eröffnet werden. ...

Welch ungeheure Gesichtspunkt ist ein preussischer Garde-Regiment, welches erhalten hat. ...

Abgaben, neben denen sich die wenigen bürgerlichen Regimentsärzte recht befinden ausnehmen. ...

Letzte Nachrichten.

München, 5. August. Zwischen Freisinnigen und National-Liberalen schweben Verhandlungen wegen eines gemeinsamen Vorgehens bei allen künftigen Wahlen. ...

Paris, 5. August. In der Bretagne, und besonders im Departement Finistère, wo die bäuerliche Bevölkerung seit zwei Wochen die geistlichen Schulen besaht und wahre Barrikaden errichtet hat, erwartet man die Schließung der Anstalten. ...

Kopenhagen, 5. August. Professor Birkeland, der Leiter der Expedition zur Untersuchung des Nordlichts in Arctischland, wurde von einem tollen Hunde gebissen und ins Kaiserliche Institut übergeführt. ...

Washington, 5. August. Nach weiteren Meldungen aus Kaguara werden die Eisenbahnen von Ausländischen umgeworfen und geplündert. ...

Briefkasten der Redaktion.

J. in D. Da nach § 1891 des Bürgerlichen Gesetzbuches die Eltern beim Tode ihres Blutes auf den vierten Teil der Erbschaft Anspruch hat, während die anderen drei Viertel unter die Kinder gleichmäßig zu verteilen sind, und da ferner nach § 2303 der Fiktivteil nur in der Hälfte des gesetzlichen Erbteils besteht, so hat in Ihrem Falle die Witwe ein Viertel der Erbschaft zu beanspruchen. ...

G. M. Der Hauswirt ist nicht berechtigt, den Bewohnern der Erbschaften, unter Berufung auf das Gesetz, den Aufenthalt an dem Orte zu verbieten. ...

E. G. In dieser Sache ist leider gar nichts mehr zu machen; dies ist der Braut M., auch bereits im Arbeitersekretariat gelagert worden. ...

Fr. S. in Du. Senden Sie das Urteil ein. Es wird eine tüchtige Beschäftigung übergeben werden, der entchieden wird, ob sich noch etwas machen läßt. ...

Leitung.

Für Parteiviewe: Von organisierten Töpfern, welche am 1. Mai arbeiten mußten, 60 Mark. Gr.
Für Parteiviewe: 350 M. für Kalender erhalten. Meyer.

Stadtsamtsamtliche Nachrichten.

Galle (Süd, Steinweg 2), den 4. August.
Aufgeboren: Ingenieur Böhm und Margarete Jasper (Dresden u. Lindenstr. 77).
Aufgeboren: Ingenieur Richter E. (Rhinl), Schlichter E. (Schmidstr. 7), Schneider E. (Unterplan 6), Schuhmacher Hofmann E. (Lindenstr. 72), Zimmermann Damm E. (Hrielenstr. 12), Maler Weißand E. (Lindenstr. 8), Bremser Hahn E. (Schmidstr. 36), Oberlechner Bräuner E. (Delitschstr. 10), Schiedt Ehrhardt E. (Bottelstr. 12), Schloher Erle E. (Bergstr. 2), Holzgerat, Ulrich E. (Bismarckstr. 42).
Aufgeboren: Schulmadedirektor Meyer Gebr. 76, 7. (Nicolaistr. 6), Rangierers Landgraf E., 6 M. (Bäderstr. 3), Arbeiters Kloppe E., 6 M. (Lhorstr. 33), Arbeiters Engler E., 5 J. (Rhinl), Arbeiters Schubert E., 4 M. (Unterplan 8), Arbeiters Krüger E., 6 M. (Lhorstr. 33), Bergers Conrad E., 4 M. (Streiberstr. 23), Zimmermanns Weber Erich, 45 J. (Bergmannstr.).

Galle (Nord, Burgstraße 38), 4. August.
Aufgeboren: Zimmermann Müller E. (Oppinerstr. 11), Sattler Richter E. (M. Golenstr. 4), Zimmermann Grünert E. (Hrielenstr. 31), Schulmadedirektor Rieger T. (Wollstr. 8), Kaufmann Wüßmann E. (Hlandstr. 9), Fußwägenführer Reich E. (Burgstr. 29), Hofmeister Wetter E. (Hrielenstr. 11).
Aufgeboren: Schloßers Schmidt E. 5 M. (Lhorstr. 21), Aufseher Kirchtisch, 50 J. (Am Kirchtisch 20), Schneidermeisters Horawski E., 3 J. (Hrielenstr. 20), Arbeiters Otto L., 7 J. (Hrielenstr. 23), Verkäuferin Bolze, 30 J. (Wienstr. 17), Maurers Kuryk Gebr., 41 J. (Hrielenstr. 5), Geschäftsführer Köthling, 40 J. (Hrielenstr. 5).

Leis, vom 21. Juli bis 27. Juli.
Aufgeboren: Maler Geheffert mit Emma Meßler, Arbeiter Schmidt mit Johanna Stuchlik.
Aufgeboren: Widbauer Weber E., Hofrat Lasse E., Aufseher Daniel E., Buchhalter Graf Hasberg E., Zimmermann Zimmermann E., Dreher Graf E., Arbeiter Engler E., Schneidermeister Zinger E., Schriftleiter Seidel E., Logenführer Ubricht zu Hasberg E., Schmelzer Genshild E., Zugschneider Weißand E., Arbeiter Schulze L., Arbeiter Welt E., Arbeiter Zimmermann E., Schiedt Komberg E., Arbeiter Meise E., Tischler Reichardt E., Friseur Ulrich E., Bergmeister Strathmann E., Schlofer Weber T., Arbeiter Ulrich E.
Aufgeboren: Kurt Weber, 2 J. Lehrer a. D. Hartmuth, 68 J. Martha Schlegel, 22 J. Arbeiter Nollenberg E., togeb. Fritz Buchholz, 29 J. Amalie Willmann, geb. Schmidt, 56 J. Gertrud Meißner, 33 J. Veronika Meißner, geb. Greim E., togeb. Willy Göge, 8 M. Karl Gartenstein, 1 M.
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Baumig in Halle.